ALHAMBRA

Zeitung & Programm

Herbst 2016

alhambra
– grundsätzliches –

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „Nutzer_innen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertreter_innen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das Nutzer_innen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
IBAN: DE24280501000000430397

zeitung
– unterstützer_innen –

ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der Unterstützer_innen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
31. Januar 2016

Post an die Redaktion:
zeitung@alhambra.de

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1

antifaschismus
Die Kommunalwahl aus antifaschistischer Perspektive 2

Wie umgehen mit der AfD? Eine Zusammenfassung linker Debatten 6

kommentar
zu "Extremismus" in der Sommerausgabe des CARLCHENs 10

bewegung
Dick aufgetragen - Harald Rein zum Blockupy-Wochenende September 2016 in Berlin 12

freiraume
Solidaritaetserklaerung: Keine Raeumung des Alten Sportamts! 14

Das Eigentum und die Notwendigkeit der Aneignung von Plaetzen und Raeumen 15

Erklaerung zur Besetzung der Gaststaette Steffmann 19

debatte
Jedem Stamm seine Braeuche 20

Kapitalismus und Wachstum 24

buchvorstellung
"Buchhaltung und Krankenmord. Die oldenburgische Anstaltsfuersorge 1932-1948" 28

Ankuendigungen 29

Liebe Leute,

im September drohte bei der Kommunalwahl der Einzug von AfD, ALFA und NPD in den Stadtrat. Dies zu verhindern ist uns nur bedingt gelungen.

Während die NPD aus dem Stadtrat rausgeflogen ist, sind AfD und ALFA mit zwei bzw. einem Sitz eingezogen. So ist Nazi-Nerv mal wieder ein Schwerpunkt dieser Zeitung. Ihr findet hier eine umfassende Analyse der Wahl aus antifaschistischer Perspektive, in der auch aufgezeigt wird, wie sich diese drei Parteien das gleiche Wähler*innenklientel teilen (S. 2). Danke an die *antifa11*. Wie wir weiterhin mit den neuen Nazis umgehen sollten, hat die *Oldenburger Rundschau* in einer Zusammenfassung der Debatte der letzten Monate in der *analyse&kritik* dargestellt. Auch diesen Text findet ihr hier (S. 6).

Es gibt auch erfreuliche Neuigkeiten: Anfang September wurde in Oldenburg mal wieder ein Haus besetzt! Es handelte sich um die alte Gaststätte Steffmann's – mal wieder. Bereits vor drei Jahren wurde dieses Haus mit mehreren Wohnungen und Veranstaltungsräumen in bester Lage schon einmal besetzt, zum großen Entsetzen der Besitzerin*, die daraufhin verlauten ließ, renovieren zu wollen. War natürlich Quatsch, getan hat sich nix. Aber nicht nur deshalb ist das Besetzen von Häusern und Plätzen auch weiterhin nötig (S. 15) – Leerstand gibt es leider genug in Oldenburg. Aber den gibts nicht nur hier, sondern beispielsweise auch in Bremen: Wir erklären uns solidarisch mit den Besetzer*innen des Alten Sportamts!

Ende August wurden am Oberlandesgericht Celle mehrere kurdische Aktivisten* zu mehrjährigen Haftstrafen wegen der Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung im Ausland" – der PKK – verurteilt. Auch unseren kurdischen Genossen* gilt unsere Solidarität! An dieser Stelle möchten wir noch einmal auf das Kurdistan Solidaritätskomitee Oldenburg hinweisen, das sich immer donnerstags um 19 Uhr im Alhambra trifft.

In dieser Ausgabe führen wir die Debatte um die Kritik an der Postwachstumsbewegung, welche auch in Oldenburg strittig geführt wurde und wird, weiter. Wir drucken hier einen etwas versöhnlicheren Text aus der *konkret* ab. Streitbarer ist hingegen ein Text aus der *jungle world* zum Thema kulturelle Aneignung, auf Seite 20. Wir sind neugierig was ihr davon haltet, also gebt uns gerne Rückmeldungen – in schriftlicher Form.

Was sich von Kai Sebers Beitrag in der Sommer-Ausgabe des RCDS-Heftchens *CARLCHEN* halten lässt, kann in einem kurzweiligen Kommentar auf Seite 10 nachgelesen werden. Es geht um einen... äääähh...nicht ganz so wissenschaftlichen Artikel über Extremismus. Die Lektüre entlockte uns ein Schmunzeln – Danke dafür an den*die Verfasser*in!

Ihr kennt sie vermutlich alle – die Freude, wenn der Blick ins Postfach nicht die übliche Leere, Rechnungen oder Werbung offenbart, sondern auch ein Schmankerl zur persönlichen Erquickung... Unsere Lieblingspost sind Analysen, Veranstaltungsberichte und -ankündigen, Kommentare, Bildmaterial, Comics und was sich sonst noch so in diesem Printmedienformat wiedergeben lässt. Egal ob ernst oder erheiternd: Solange wir darin einen gewissen Gehalt für unsere Zielgruppe und jene die es werden wollen/sollen sehen, kommt es in den Druck. Alles unter Vorbehalt, versteht sich. Denn auch wenn es sicher einige Artikel gibt, hinter denen wir geschlossen stehen, müssen nicht alle unbedingt mit unseren persönlichen Meinungen übereinstimmen.

Immer noch und immer wieder gibt es Themenfelder in Oldenburg, zu denen tolle Arbeit geleistet wird, uns aber keine schriftlichen Beiträge erreichen. Liebe Genoss*innen, wir wissen, euer Engagement frisst in der Regel schon mehr Zeit als ihr habt. Vielleicht findet ihr dennoch die Möglichkeit uns einen kleinen Output zukommen zu lassen.

Bis auf die Nasen vom Verfassungsschutz (siehe VS-Bericht Niedersachsen für 2015) dürften es die Meisten wohl gemerkt haben: Die Alhambra-Zeitung kommt jetzt schon seit einem guten Jahr nicht mehr alle zwei Monate raus. Wir versuchen es aber alle drei Monate! Verzeiht uns, wenns mal später werden sollte. *Der Winter kommt* und damit auch die nächste Ausgabe. Last but not least: Beste Grüße an die Genoss*innen Burkhard, Daniela und Volker. Lasst euch nicht erwischen!

Euer Redaktionskollektiv

Die Kommunalwahl

aus antifaschistischer Perspektive

Die niedersächsische Kommunalwahl 2016 liegt hinter uns. Auch in Oldenburg hat sich die gesamtgesellschaftlich zunehmende völkische Menschenfeindlichkeit im Wahlergebnis widergespiegelt. Im Folgenden wollen wir einen Überblick über das Wahlergebnis und den zurückliegenden Wahlkampf der Parteien AfD, ALFA und NPD werfen.

antifaelf.blogsport.de

Die Ergebnisse der Oldenburger Kommunalwahl in Kürze

Die völkisch-nationalistische „Alternative für Deutschland“ (AfD) kam aus dem Stand auf 4,71 % der Stimmen. Ein Ergebnis, das landesweit unter dem Durchschnitt liegt. Die AfD trat aber nur in vier von sechs Wahlkreisen an. Bei einem flächendeckenden Antritt wäre mit einem höheren Ergebnis zu rechnen gewesen. Doch auch in den vier Wahlbereichen entfielen insgesamt 9,.768 Stimmen auf die AfD, bei bis zu drei Stimmen pro Wähler*in. Genug, um künftig mit den beiden Vertreter*innen Lidia Bernhardt und dem Studenten Christoph Brederlow im Oldenburger Stadtrat vertreten zu sein.

3 Mandate konnte der AfD-Kreisverband „Stadt Oldenburg/Ammerland“ im Oldenburger Nachbarlandkreis gewinnen. Mit Andreas und Birgit Stadlik sowie Hartwin Preussner wird die Partei künftig im Ammerland vertreten sein.

Die AfD-Abspaltung ALFA entsendet mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Oldenburger AfD, Dr. Hans Hermann Schreier, künftig einen Vertreter in den Stadtrat der kreisfreien Stadt, gewählt von 1.978 Stimmen. Das entspricht einem Gesamtergebnis von 1,91%. Im Vorfeld hatte sich die Partei, deren aktiver Kreis zu einem überwiegenden Teil aus Ex-AfD-Mitgliedern wie Dr. Hans Hermann Schreier, Susanne Schreier, Holger Wilzek oder Melanie Wever (Landkreis Oldenburg) besteht, ein höheres Ergebnis ausgemalt.

Ihr Mandat im Stadtrat verteidigen wollte die neonazistische NPD. Dieses Vorhaben scheiterte krachend. Lediglich 0,62% fuhr die NPD, die flächendeckend in Oldenburg antrat, ein. Dies bedeutet jedoch immernoch 1.286 Stimmen für eine nationalsozialistische Partei. Das Mandat im Oldenburger Stadtrat verlor NPD-Urgestein Ulrich Eigenfeld dennoch. Der NPD-Unterbezirk Oldenburg konnte dennoch ein neues Mandat hinzugewinnen: Künftig sitzt mit Wolfgang Stöver aus Osterscheps ein NPD-Vertreter im Gemeinderat Edewecht (Ammerland). Stöver saß bereits von 1991 bis 1996 im Kommunalparlament.

Starke Bezirke für AfD, ALFA und NPD

Besonders starke Ergebnisse konnte die AfD in den Stadtteilen Krusenbusch und Kreyenbrück einfahren. Im Wahlbezirk 514 „Grundschule Krusenbusch“ erreichte die AfD für Oldenburg überdurchschnittliche 15,34 %. In den Wahlbezirken in Kreyenbrück erlangte die AfD bis zu 14,30 % der Stimmen. Für die nationalsozialistische NPD hingegen lief die Wahl im Wahlbezirk 613 „Schulzentrum Eversten“ mit 1,98 % verhältnismäßig „erfolgreich“. Das könnte mitunter auch daran gelegen haben, dass die AfD dort nicht auf dem Wahlzettel stand. Auch die ALFA konnte in diesem Wahlbezirk ein überdurchschnittliches Ergebnis mit 3,19 % erreichen. In Wahlbezirken in denen alle drei Parteien auf dem Wahlzettel standen, sahen die Ergebnisse in der Regel deutlich schlechter für ALFA und die NPD aus. So fuhren diese beiden Parteien beispielsweise an der Schule am Bürgerbusch nur 0,08 % und 0,80 % ein, während die AfD hier auf 6,40 % kam. Dass alle drei Parteien um ein zumindest ähnliches Wähler*innenklientel konkurrieren, kann durchaus angenommen werden.

Ein Rückblick auf den Wahlkampf

Der Wahlkampf der Oldenburger AfD kam erst spät in die Gänge. Bereits im Vorfeld schaffte es die Partei nicht, genügend Unterstützer*in nenunterschriften zu sammeln, um in allen sechs Wahlbezirken antreten zu können. Letztlich reichte es für den Antritt in vier Wahlbereichen. Auch wurden die Direktkandidat*innen der Öffentlichkeit nicht vorgestellt. Lediglich kurz vor der Wahl wurde ein Foto der Kandidat*innen veröffentlicht, auf dem mit Christa Hoyer auch noch eine Person fehlte.

Auch Wahlplakate wurden nur sehr sporadisch aufgehängt. Informationsstände gab es ebenfalls nur vereinzelt und auch erst kurz vor der Wahl. Aus Parteikreisen wurde während des Wahlkampfs verlautbart, dass es auch innerhalb der lokalen AfD zu Unstimmigkeiten wegen des schwachen Auftritts kam.

Antifaschistische Aktionen sorgen darüber hinaus dafür, dass die AfD nicht so richtig Lust auf einen aktiven Wahlkampf zu haben schien. Bestes Beispiel dafür ist eine Wahlkampfkundgebung, die von der AfD erst einen Tag zuvor bekannt gemacht wurde. Innerhalb eines Tages ließen sich rund 200 Gegendemonstrant*innen mobilisieren, die schlussendlich ca. 30 AfD-Sympathisant*innen gegenüber standen. Unter den Teilnehmer*innen befand sich auch die bekannte Oldenburger Holocaustleugnerin Imke Barnstedt, die während der Kundgebung einen freundschaftlichen Kontakt zu AfD'ler*innen pflegte.

Doch auch abseits der Kundgebung begleiteten Antifaschist*innen den Wahlkampf der AfD. So tauchten im gesamten Stadtgebiet Plakate auf, die kritisch Bezug auf die Inhalte der AfD nahmen.

Auch Infostände wurden von antifaschistischen Protesten begleitet. Bereits im Vorfeld der Kommunalwahl gab es immer wieder Aktionen gegen die Stammtische der AfD, die in verschiedenen öffentlichen Lokalen stattfinden sollten. Auch fanden im Vorfeld diverse Informationsveranstaltungen über das Programm und den völkischen Rassismus, die unsoziale Politik sowie den Antifeminismus der AfD statt. Nicht umsonst sprach AfD-Sprecher und gescheiterter Kandidat Gerhard Vierfuß im Nachgang der Wahl davon, dass Oldenburg ein schwieriges Pflaster für die AfD sei.

Eben jenes „schwierige Pflaster" war es wohl auch, das die Kandidat*innen dazu bewogen haben könnte, sich nicht der Öffentlichkeit vorzustellen. Lediglich Gerhard Vierfuß war im Vorfeld der Wahl omnipräsent. Die anderen Kandidat*innen Lidia Bernhardt, Christoph Brederlow sowie Thomas und Christa Hoyer, hielten sich versteckt. Kurz vor der Wahl erschien lediglich ein Foto der Kandidat*innen auf der AfD-Homepage. Darüber hinaus präsentierten sie sich für wenige Sekunden bei der Kundgebung auf dem Julius-Mosen-Platz. Ohne jedoch ein Wort zu sagen. Interessant dabei. Christa Hoyer mied die Öffentlichkeit komplett. Weder auf dem Foto, noch auf der Kundgebung war sie als Kandidatin zu sehen.

Ein weiterer Blick lohnt sich auf scheinbare „Anti-Antifa"-Bestrebungen der AfD. Bei nahezu jeder Aktion, bei der Antifaschist*innen protestierten, wurde versucht, diese zu fotografieren. Ob dies nur der Einschüchterung dienen sollte oder ob tatsächlich probiert wird, Daten über Antifaschist*innen zu sammeln, bleibt abzuwarten.

Die Partei ALFA legte sich im Wahlkampf mehr ins Zeug als die AfD. Regelmäßige Informationsstände, von denen einer während des Christopher Street Day in Mitleidenschaft gezogen wurde, massive Plakatierung in der ganzen Stadt, Flyerverteilaktionen sowie ein „Haustürwahlkampf" des Kandidaten Dr. Hergen Frerichs zeugen von einem motivierten Auftreten. Auch nahmen ALFA-Kandidat*innen im Parteishirt am „Brunnenlauf" in Eversten teil. Dennoch gelang es nicht, sich wahrnehmbar zwischen AfD, CDU und FDP zu behaupten.

So langweilig wie die Kandidat*innen (Altersdurchschnitt knapp 62 Jahre) fiel auch der Wahlkampf der Oldenburger NPD aus. Infostände am Stadtrand, die meist nach unter eine Stunde wieder abgebaut wurden sowie Plakate zeugen nicht nur von mäßiger Motivation, sondern auch von einem kaum handlungsfähigen Wahlkampfteam. Und dann kam auch noch Pech im Wahlkampf dazu, als nicht nur ein Stapel NPD-Plakate in der Haaren landete, sondern auch noch ein NPD-Plakatierer an einer Straßenlaterne festhing.

Ansonsten galt für die aufgestellten NPD-Kandidat*innen das selbe wie für die Besetzung des Vorstands des Unterbezirks: Das letzte Aufgebot wurde mobilisiert. Alte Aktivisten wie Bernd und Daniel Neumann wurden reaktiviert, ebenso wie die betagte Heidemarie Scheumer (76 Jahre alt). Auch die NPD verzichtete darauf, ihre Kandidat*innen den Wähler*innen vorzustellen. Erwähnenswert ist ansonsten noch die Tatsache, dass die Kameradschaft „Freies Oldenburg", nachdem sie eine Zeit lang öffentlich mit der AfD flirtete, dann doch die Oldenburger NPD im Wahlkampf unterstützte. Das mag vor allem darin begründet sein, dass die „Kameradschaft" vorrangig aus Eckhard Aden und Daniel Gawenda besteht. Zwei Personen, die schon seit vielen Jahren für die NPD aktiv sind.

Die AfD und ihre öffentlichen Plattformen

Im Zuge des Wahlkampfes konnte sich die AfD auf einen zuverlässigen Partner verlassen: Die Nordwestzeitung, die der Partei immer wieder ein Forum bot. Egal, ob es um den Gegenwind der AfD im Wahlkampf ging, um Presseerklärungen, die teilweise wortwörtlich abgedruckt wurden oder um Veranstaltungsankündigungen. Die NWZ bot der Partei eine gebührende Plattform und machte damit eine völkisch-nationalistische, rassistische und antifeministische Partei salonfähig. Auch wurden diverse Leser*innenbriefe

von der NWZ veröffentlicht, teilweise mit absurden Inhalten. So bot die Oldenburger Tageszeitung unter anderem der bekannten Verschwörungstheorie Raum, nach der Antifaschist*innen mit einem „Demogeld“ für ihre Proteste bezahlt werden würden.

Auch bei mehreren Podiumsdiskussionen wurde mit Gerhard Vierfuß ein Sprecher der AfD eingeladen und konnte somit öffentlich für die menschenverachtenden Positionen der AfD werben. So sprach er beispielsweise bei einer Veranstaltung der interkulturellen Arbeitsstelle IBIS sowie des Forums für Migration und Integration in seinem Eingangsstatement von einer vermeintlichen „Flüchtlingsinvasion“. Wohlgemerkt bei einer Veranstaltung, die unter dem Motto „Integration, Toleranz, Teilhabe“ stand.

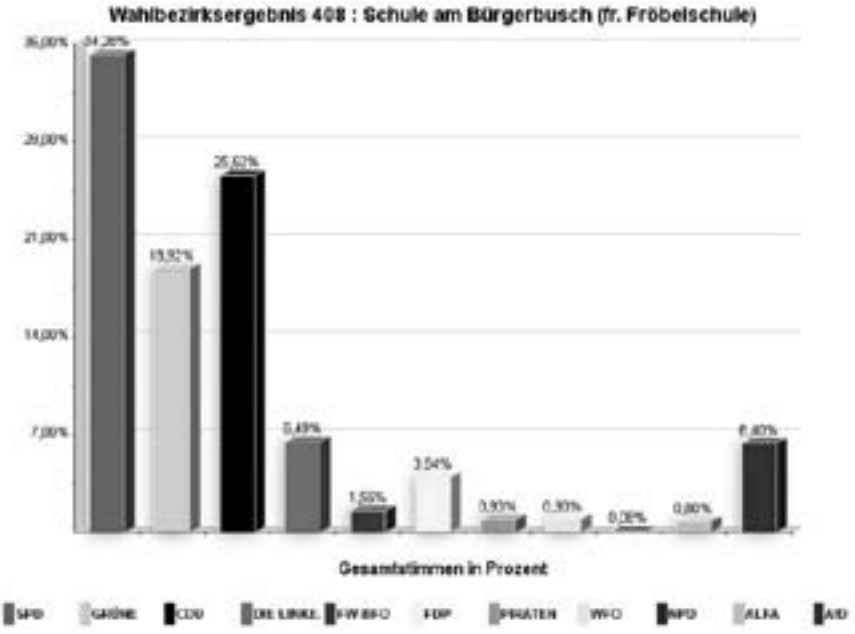
Fazit

Aus antifaschistischer Perspektive lässt sich feststellen, dass sich Engagement gegen rassistische Organisierung lohnt. Durch konsequente Interventionen, zum Beispiel gegen die OLGIDA-Kundgebungen, gegen tendenziell rassistische Anwohner*innen in den Stadtteilen Etzhorn und Eversten, gegen die „Bürger aus der Mitte Oldenburg“, gegen Versuche der Gründung einer rassistischen „Bürgerwehr“ sowie gegen die AfD-Stammtische konnten rassistische Organisierungsversuche frühzeitig unterbunden werden. Somit konnte der AfD frühzeitig ein gewisser Teil ihres Nährbodens entzogen werden. Durch Aktionen im Wahlkampf konnte darüber hinaus klar gemacht werden, dass die Inhalte der AfD keine Themen sind, über die gleichberechtigt diskutiert werden kann. Es geht um menschenverachtende Positionen, denen entschieden entgegengetreten werden muss. Eine Diskussion würde völkische, rassistische, antifeministische und nationalistische Positionen als diskutierenswert legitimieren.

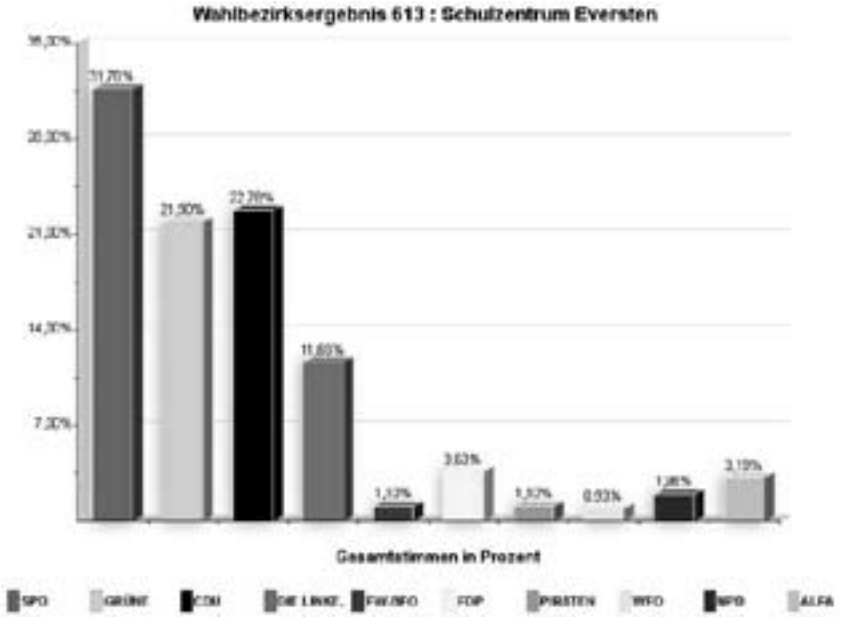
Trotz spürbarer antifaschistischer Erfolge bleibt auch festzustellen, dass in Oldenburg mehr als 7% der Wähler*innen ihre Kreuze bei den Parteien AfD, ALFA und NPD gemacht haben. Das entspricht insgesamt 15.220 Stimmen, wobei jede*r Wahlberechtigte*r 3 Stimmen zur Verfügung hatte. Es ist also einen deutliches Potential an rassistischen Wähler*innen vorhanden. Und auch das Gesamtergebnis der AfD wäre höher ausgefallen, wenn sie in allen Wahlbereichen angetreten wäre.

Es stellt darüber hinaus für uns keine neue Entwicklung dar, dass es in der Bevölkerung eine rassistische Grundstimmung gibt. Sie trat nur in der letzten Zeit offener zu Tage und hat mit der AfD eine Partei bekommen, die frei von dem „Nazi-Image“ der NPD für viele Menschen wählbar ist. Fatalerweise ist auf Bundesebene festzustellen, dass sämtliche bürgerliche Parteien, allen voran CDU/CSU und die SPD Zugeständnisse an den rassistischen Mob machen und deren Forderungen teilweise übernehmen. So veröffentlichte die CSU im September dieses Jahres ein Positionspapier, das unter anderem Zuwandernden aus dem „christlich-abendländischen Kulturkreis“ Vorrang geben soll und eine Obergrenze für Flüchtende fordert. Die AfD hat es geschafft, rassistische Positionen zu legitimieren und salonfähig zu machen.

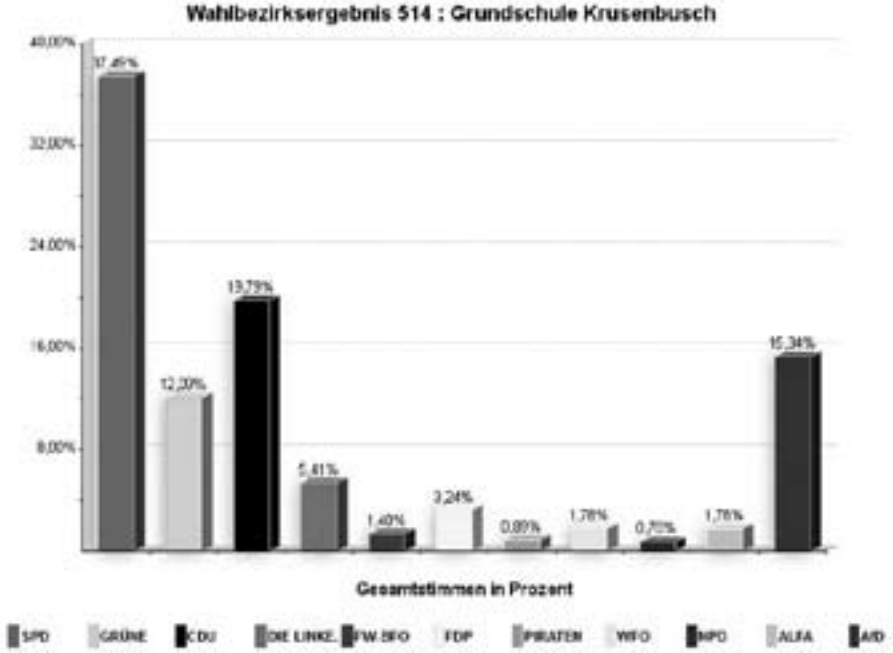
Es ist also weiterhin vielfältiges Engagement gefragt. Sei es gegen die AfD, NPD, ALFA oder rassistische Organisationsversuche in den Stadtteilen.



In Oldenburg-Krusenbusch holte die AfD ihr stärkstes Ergebnis
Bildquelle: http://wahlen.kdo.de



Dort wo die AfD nicht antrat, konnten NPD und ALFA punkten, wie z.B. an der Oberschule Eversten
Bildquelle: http://wahlen.kdo.de



Anders herum waren ALFA und NPD chancenlos, wo die AfD antrat
Bildquelle: http://wahlen.kdo.de

Wie umgehen mit der AfD?

Eine Zusammenfassung linker Debatten

Seit Frühjahr sind in der Zeitung analyse&kritik mehrere Artikel erschienen, die sich mit linken Strategien gegen die AfD beschäftigen. Die Kernaussagen dieser Artikel fassen wir hier mal in aller Kürze zusammen.

Linke Aktivist_innen in Niedersachsen stehen jetzt nach der Kommunalwahl in vielen Gemeinden ganz konkret vor der Frage des Umgangs mit AfD & Co, vielleicht lassen sich hier Ansatzpunkte für weiteres Handeln finden?

Zunächst eine Gegenüberstellung der Kernaussagen zweier Artikel: Julia Meier vom Netzwerk Marx21 betont die Notwendigkeit einer breiten Front gegen die AfD, während Sebastian Friedrich vor der Gefahr der Absorbierung linker Positionen in breiten Bündnissen warnt. So hält Friedrich die radikale Linke derzeit für zu schwach, um innerhalb eines Blockes aus (vermeintlich) linken Teilen der etablierten Parteien und eigener Gruppierungen eine starke eigenständige Position einzunehmen. Er spricht sich nicht grundsätzlich gegen die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien aus, macht die Enge bzw. Breite dieses Bündnisses jedoch abhängig von der konkreten Situation, dem gemeinsamen Ziel und vor allem der jeweiligen Machtkonstellation. Und hier sieht er z. Zt. für die Linke wenig bis keine Möglichkeiten, den bürgerlichen Bündnissen ernstzunehmende Risse zuzufügen. Außerdem sehe nach Friedrich die Situation derzeit auch nicht so aus, dass eine »Machtübernahme des rechten Projektes quasi vor der Tür stünde«. Noch sei es nicht an der Zeit, sich »mit einer Seite gemein [zu] machen«. Er sieht den gegenwärtigen Auftrag für die Linke eher darin, den neoliberalen Tendenzen klare Positionen entgegen zu setzen, die nicht verwässert werden sollen aufgrund des Druckes, im breiten Bündnissen Mehrheitspositionen finden zu müssen.

Julia Meier vom Netzwerk Marx21 setzt dagegen beim Kampf gegen die AfD auf eine »ernsthafte Einheitsfront«, die das Ziel hat, den neofaschistischen Flügel der AfD »zu isolieren, bevor er zu stark wird«. Für sie gibt es keinen »eigentlichen Kern der AfD, sondern divergierende Gruppierungen«, die zusammengehalten werden »vom gemeinsamen Erfolg, dem Selbstbewusstsein einer Protestpartei und durch Rassismus gegen Flüchtlinge und Muslime«. Für ihre Einschätzung des Flügels um Höcke, Gauland und Poggenburg als neofaschistisch sieht sie nicht das Programm der AfD als entscheidend an, sondern die Strategie des rechten Flügels der Partei, der auf den Kampf um die Straße zielt – »mit militantem Anti-Establishment-Gestus und völkischer Orientierung«. Nach Meiers Ansicht müsse es das Ziel eines erfolgreichen Kampfes gegen die AfD sein, »den harten Kern des faschis-

tischen Flügels von ihrer von diffusen Ängsten und rassistischen Vorurteilen geprägten Anhängerschaft zu isolieren«. Ein erster »Etappensieg« wäre da die Verhinderung des Einzugs der AfD 2017 in den Bundestag. Dieses möchte sie erreichen mit einem Bündnis zwischen den Parteien Die Linke, SPD und Grüne, Gewerkschaften und Akteuren der radikalen Linken. Gemeinsam im Kampf gegen den Rassismus hält sie die Aktionen eben auch dafür hilfreich, die Anhänger_innen von SPD und Grüne »davon zu überzeugen, dass linke Parteien, radikale Linke, Revolutionär_innen, die besseren Ideen, die bessere Strategie und die effektiveren Methoden haben, das gemeinsame Ziel zu erreichen.«

In der Augustausgabe der analyse&kritik plädiert Jörg Nowak dann für beides: »ein breites Bündnis gegen Rassismus – und ein Bündnis, das sich explizit gegen Ungleichheit, Sozialabbau und Ausbeutung richtet. Beide sollten aber sinnvollerweise getrennt voneinander agieren, da dies unterschiedliche Kampffronten sind.« So sei es das Ziel eines linken Bündnisses gegen Neoliberalismus, »die Diskussionsgrundlage zu verschieben und die Fragen nach Armut und Reichtum, Arbeit und Eigentum in dem Mittelpunkt zu stellen. ... Zu diesen Fragen gibt es klare linke Mehrheiten in der Bevölkerung, die aber im Parteiensystem nicht repräsentiert sind. Daher muss quer zu Parteien gearbeitet werden.«

Das Ziel eines breiten bürgerlichen Bündnisses gegen Rassismus sieht er darin, »die Spaltungen im konservativen Block zu stärken (dazu gehört die Isolation der AfD) und eine gesellschaftliche Stimmung und Organisation gegen rassistische Übergriffe zu stärken«. Dabei gehe es vor allem um die Stärkung von allgemeinen liberalen und humanistischen Werten. Darüber hinaus hält Nowak es jedoch für strategisch wichtig, »das konservative Lager in einem linken Bündnis ohne die Beteiligung von Parteien ideologisch und politisch anzugreifen.« Zum konservativen Lager zählt er die Grünen, die FDP, CDU, CSU und die AfD. Das rechte Lager sieht er dabei derzeit gestärkt, das linke entscheidend geschwächt. Die zunehmende Stärke des rechten Lagers entstehe durch die Umgruppierung und Umorientierung alter Eliten, denen es gelingt, mithilfe des Aufstiegs der AfD Zustimmung durch einen Teil der Arbeiterklasse zu gewinnen. »Alle ideologischen Elemente, die die AfD bedient, hatten bereits vorher Vertreter_innen innerhalb dieser Parteien – und viele ihrer leitenden Funktionär_innen haben eine lange Geschichte innerhalb der Unionsparteien, der FDP oder der Grünen aufzuweisen.« So sieht Nowak derzeit keine Krise des Parteiensystems, sondern lediglich deren Neuorientierung. »Diese fragmentiert zwar den bürgerlich-konservativen Pol, verbreitert ihn aber zugleich und ermöglicht ihm, Bevölkerungsteile zu integrieren, die früher auf dem proletarisch-fortschrittlichen Pol verankert waren.«

Nowak hält für die politische Dynamik die bürgerlichen Proteste gegen Rassismus und das Vordringen der faschistischen Bewegung für genau so wichtig wie ein linkes Bündnis gegen Ungleichheit und Ausbeutung. Dieses habe jedoch noch zusätzlich die Aufgabe, deutlich zu machen, dass es einen progressiven Pol in der Gesellschaft gebe, der sich gegen Rassismus engagiere, jedoch dort nicht Halt mache, sondern eine solidarische Gesellschaft aufbauen wolle.

Zwei weitere Aufsätze, die sich mit dem Widerstand gegen die AfD beschäftigen, weisen explizit auf die Bedeutung feministischer Theorie und Praxis für

Hallo!

Wir sind die Kreativ-Gruppe. Wir treffen uns seit knapp 4 Monaten jeden Montag um 18 Uhr im Infoladen. Wir sind eine offene Gruppe und wollen zu antifaschistischen Themen in Oldenburg arbeiten. Ein paar Ideen haben wir schon, aber auch deine kannst du hier gerne einbringen.

Bisher haben wir Flyer, Sticker und Transpis designed/gemalt welche sich zum größten Teil auf den Kommunalwahlkampf 2016 in OL bezogen haben. Auch weiterhin wollen wir gestalterisch und praktisch tätig werden. Unser nächstes Gruppenprojekt wird die Renovierung und anschließende Neugestaltung der Fassade des Alhambras an der Nordstraße.

Wir würden uns freuen wenn du Lust bekommen hast, alleine oder auch mit Freund_innen, vorbei zu kommen. Wir beißen nicht egal ob du einmal oder immer dabei bist.

Bis nächsten Montag,
18.30 Uhr,
vor dem Alhambra,
in der Hermannstraße 83!

eine Verbreitung emanzipatorischer politischer Ansätze hin. Anna Berg und Tanya Zorn aus der Antifa-AG der Interventionistischen Linken (IL) benennen den Antifeminismus neben dem Rassismus als grundlegendes ideologisches Moment für die AfD und für ein Thema, das noch breiter anschlussfähig sei als Rassismus. So sei der Unwille, Privilegien abzugeben, bei Männern der akademischen Mittelschichten genau so ausgeprägt wie beim sog. Prekariat. Trotzdem würden sich viele Bündnisse und Aktionsaufrufe gegen die AfD noch schwer damit tun, Feminismus als zentrale Strategie zu etablieren. U.a. sehen Berg und Zorn eine Begründung darin, dass Antifeminismus als weniger schlimm und gefährlich angesehen wird als der Rassismus. Eine Fehleinschätzung, geht der Blick über den deutschen Tellerrand hinaus. So fordern fehlende Zugänge zu Schwangerschaftsabbrüchen sowie Homo- und Transphobie genau so ihre Todesopfer wie die häusliche Gewalt, deren Opfer primär Frauen sind. So fordern Berg und Zorn nicht nur, Antifaschismus und Feminismus gleichberechtigt zusammen zu denken, sondern auch eine pro-feministische, solidarische und progressive Männerbewegung.

Ein letzter Beitrag kommt von der Gruppe antifa nt aus München. Sie sind organisiert im Bündnis »...ums Ganze!«. Ausgehend von ihren Erfahrungen mit dem Protesten gegen den Bundesprogrammparteitag der AfD sehen sie den Kampf gegen diese Partei als einen, der die (radikale) Linke als ganzes angeht und alle Bereiche linker Praxis umfassen muss. Ausgangspunkt linker Analyse muss dabei das Programm der AfD sowie dessen Entstehungsprozess sein. antifa nt begreift die AfD nicht als populistische Ein-Punkt-Bewegung, sondern als ein alle Gesellschaftsbereiche umfassendes rechtes Projekt mit einem konsistenten ideologischem Fundament und einen gesamtgesellschaftlichen Umgestaltungsanspruch. Damit greifen klassische Antifastrategien nicht mehr, die sich vornehmlich gegen rechte Kleingruppen richteten. Um auch zukünftig rechte Bewegungen effektiv zurückdrängen zu können und gleichzeitig als radikale Linke »punkten« zu können, setzt antifa nt vor allem auf die Selbstorganisation. Ausprobiert haben sie diese z.B. mit der offenen Mitmachkampagne »Nationalismus ist keine Alternative! «, die mit linksradikalem Anspruch konzipiert wurde. Dabei betont antifa nt, dass sich der Nationalismus und der Rassismus der AfD nur durch gendertheoretisch unterfütterte Kritik umfassend begreifen lassen. Auch antifa nt sieht die Gefahr, dass breite Bündnisse wie z.B. »Aufstehen gegen Rassismus« sich für die radikale Linke zum Verlustgeschäft entwickeln können. Dennoch sprechen sie sich für beide Strategien aus – wenn die beteiligte radikale Linke offensiv und selbstbewusst eigene durchdachte und radikale Inhalte und gesellschaftliche Alternativen liefert – egal, in welchem Bündnis. Denn die Gruppe begreift die AfD nicht als eine für sich allein stehende Partei, die von »den Herrschenden« in Stellung gebracht wurde, um die Linke klein zu halten, sondern als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, die es zu überwinden gilt. So gehe es denn nach antifa nt auch um nichts weniger als – die gesellschaftlichen Verhältnisse ins

Die erwähnten Texte sind allesamt auch online verfügbar:

Anna Berg/Tanya Zorn: One Solution: Feminism! [3]

Sebastian Friedrich: Falsche Alternativen – Warum breite Bündnisse gegen die AfD keine Perspektive für Linke sind [4]

Julia Meier: Die AfD bekämpfen, bevor es zu spät ist [5]

Jörg Nowak: Doppelstrategie gegen rechts [6]

antifa nt: Die gesellschaftlichen Verhältnisse ins Wanken bringen [7]

In der analyse&kritik Nr. 619 [8] sind zwei weitere Artikel erschienen, die es jedoch nicht mehr in diese Zusammenfassung geschafft haben:

Maike Zimmermann: Keine falschen Kompromisse. Im Kampf gegen die AfD mangelt es an den richtigen Konzepten

Sebastian Friedrich: Chefsache AfD. Der Kontakt zwischen AfD und »mittelständischen Unternehmen« wird wieder enger

Wanken zu bringen!

Was in der Debatte unserer Meinung nach fehlt

Die bisherigen Aktionsvorschläge fokussieren sich auf die antifeministischen, neofaschistischen und rassistischen Inhalte der AfD. Uns fehlt dabei ein wenig der Blick auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen. So vertritt die AfD mit ihrem neoliberalen Wirtschafts- und Sozialprogramm so vehement wie keine andere Partei vor allem die Interessen der Vermögenden. Und keine andere Partei wendet sich so massiv gegen die Interessen der Arbeiter_innen und Arbeitslosen, auch wenn diese mit das stärkste Wählerpotential der AfD bilden. Dass die neoliberalen Inhalte des Programms der AfD von den bürgerlichen Parteien nicht thematisiert werden, ist durch deren eigene wirtschaftsliberale Haltung – bislang mit Ausnahme der Linken – zu erklären. Hier eigene linke Inhalte zu platzieren, die offensichtlichen Widersprüche offensiv anzugehen, gehört ebenfalls mit zu den zukünftigen Aufgabe des Widerstands.

Wenn wir uns nun in einer »Zusammenfassung der Zusammenfassung« versuchen, dann kristallisiert sich aus der Diskussion heraus, dass beim Kampf gegen die AfD mehrgleisig agiert werden muss – sowohl in den geschlossenen Bündnissen, wie auch in den Aktionsformen. Dabei muss zum einen klar Kante gegen die AfD und ihre rassistischen, anti-feministischen und ultra-neoliberalen Positionen gezeigt werden – zum anderen muss sich eine (radikale) Linke aber eben auch abgrenzen gegen Linke/SPD/Grüne und die Gewerkschaften und deutlich machen wo und warum deren Kritik an der AfD nicht weit genug geht. Es muss das Torten von AfD-Abgeordneten neben der breiten Bündnisdemo gegen den Einzug der AfD in den Stadtrat stehen können – beides können richtige und wichtige Aktionen sein. Und – besonders auf lokaler Ebene – müssen AfD-Abgeordnete aus ihrer Deckung am Arbeitsplatz, im Verein und auch in ihrer Nachbarschaft geholt werden – sie müssen sich rechtfertigen müssen warum sie die Politik der AfD vertreten und mitgestalten.

Dies wird auch in Oldenburg mit dem Einzug von zwei AfD-Kandidat_innen in den Stadtrat zu diskutieren sein. Hierfür wollen wir mit dem Text eine Grundlage schaffen.

aus: www.*oldenburger-rundschau.de*

Sai Keber‘s Antwort auf Kai Seber‘s Kommentar zu „Extremismus“ in der Sommerausgabe des RCDS-Heftchens CARLCHEN

In der Sommerausgabe des CARLCHEN, herausgegeben vom RCDS Oldenburg, durfte sich Kai Seber in ein paar Zeilen zum Thema “Extremismus” auslassen. Der holprige Kommentar zielte, obwohl – wie es sich im Jargon der “Mitte” gehört – erstmal Links- und Rechtsextremismus zusammen erwähnt wurden – doch eindeutig auf die Oldenburger linke Szene ab. Wie er im Abschlussplädoyer forderte, habe ich in einer stillen Minute die Zeit genutzt, um in mich zu kehren und über die “Züge meiner Weltanschauung” nachzudenken. Mit dem reflektierten Ergebnis “Ich denke, also bin ich...amüsiert über Kai’s Ergüsse” habe ich mich an den Schreibtisch gesetzt und gehe auf Kai ein. Wer den Kommentar nicht gelesen hat, kann die Sommerausgabe auf der Webseite des RCDS Oldenburg nachlesen.

Zunächst muss in Kai’s Kommentar wohl noch etwas geklärt und hier vorweg genommen werden. Er definiert Extremismus als das “radikale Denken und die Ausführung zum Erreichen der Ziele”. Leider liefert er keine Definition für “radikal”. Wikipedia sagt dazu: “Als Radikalismus bezeichnet man eine politische Einstellung, die grundlegende Veränderungen an einer herrschenden Gesellschaftsordnung anstrebt. Das Adjektiv „radikal“ ist vom lateinischen radix (Wurzel) abgeleitet und beschreibt das Bestreben, gesellschaftliche und politische Probleme „an der Wurzel“ anzugreifen und von dort aus möglichst umfassend, vollständig und nachhaltig zu lösen.” Gut, damit kann ich mich identifizieren. Ich bin überzeugt, dass es grundlegende Probleme in der Gesellschaft und dem politischen System in dem wir leben gibt und die will ich auch nicht nur mit Schmerztabletten oberflächlich behandeln (:=reformieren). Kai’s grundsätzliches Anliegen scheint die Frage zu sein, ob so eine (links-)extremistische Einstellung zu “guten Zielen” führen kann. Er geht dann zügig auf Rechts- und Linksextremisten in Oldenburg ein, die “stetig aufeinander treffen”, was – ohne weiter darauf einzugehen – “unausweichlich zu nicht geringem Kollateralschaden führt”. Meint er damit etwa das faule Ei, das bei der OLGIDA-Kundgebung statt dem Redner den Bullen getroffen hat? Oder das Wahlplakat der CDU unter dem NPD-Plakat, dass in Mitleidenschaft geraten ist? Leider erfährt man nicht, was er damit wirklich meint.

Dann kommt der spannende Teil, wo er die beiden Protagonisten des Extremismus, links und rechts, differenzieren möchte: “Obwohl beide einen unterschiedlichen Blick auf die Menschen und deren sozialen Umgang werfen, ähneln sie sich dennoch in der Ausführung enorm.” Leider kommt dann nichts mehr von Kai, das dies belegen kann. Schade, er redet lediglich von “zum Teil gewaltbereiten Mitteln” und dass damit wohl Feuer mit Feuer bekämpft wird. Möchte er damit etwa brennende Flüchtlingsheime und die immer wieder zitierten brennenden Nobelkarossen gleichsetzen? Oder will er auch keinen Unterschied zwischen rechten Hakenkreuz-Sprayaktionen an jüdischen Friedhofen und Wandverzierungen mit “Refugees Welcome”-Sprüchen sehen?

Sorry Kai, aber ich muss dir hoffentlich nicht erklären, dass sowohl der Polizeiapparat als auch deine CDU der “politischen Mitte” derzeit auf dem rechten Auge blind zu sein scheint und die Abschottung der Festung Europas vorantreiben. Und denkst du wirklich, dass deutsche Waffenexporte in die Kriegsgebiete dieser Welt zu “Frieden” führen werden, wonach du in deinem Kommentar fragst? Diese Politik finde ich extrem und menschenverachtend. Was, wenn nicht radikal, muss denn die Politik sein, die die gesellschaftlichen Verhältnisse, die erst für die Ursachen von Flucht verantwortlich sind, aufzeigt und bekämpft.

Offenbar ist Kai’s Kommentar ein unglücklicher Versuch mit der Karte “Extremismustheorie” die ihm unliebe radikale Linke in die böse Ecke zu schieben. Diese Theorie versucht seit Jahren, eine extreme Linke als bösen Rand der gesellschaftlichen politischen Bandbreite in einem Topf mit der extremen Rechten als Feinde der Demokratie zu diffamieren und damit eine per Definition neutrale “demokratische Mitte” zu konstruieren. Mit der Anwendung der Theorie wird lediglich der Rassismus, Sexismus und Kapitalismus der “guten Mitte” zwischen den Extremen legitimiert. Eine ausführliche Kritik der Extremismustheorie ist im Kritiknetz zu lesen.

www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Kritik_der_Extremismustheorie.pdf

Und wer sich schon immer gefragt hat: “Wie linksextrem bin ich?” sei dieser einer Berliner Studie über Linksextremismus von 2015 entlehnten online-Fragebogen empfohlen.

linksextremismustest.polldaddy.com/s/linksextremismus-test

Und zum Schluss noch Kai’s Frage aus seiner Einleitung: „Kann etwas, das mit „-mus“ endet, wirklich gut sein?’ Mir fallen da Apfelmus, Hummus, Impressionismus, Magnetismus und mein Kater Rasmus ein.

Ich hoffe, dieser Kommentar erreicht Kai und den RCDS.

von: Sai Keber, Linksextremist aus Oldenburg

2 Jahre und 6 Monate Haft für Mustafa Çelik und Kenan Baştu

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Heute, am 30.08.16 wurde der kurdische Aktivist Mustafa Çelik vom Oberlandesgericht Celle wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ – gemeint ist die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) – nach §§ 129a, 129b StGB zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt worden.

Nachdem seit dem 29.04.16 vor dem OLG Celle gegen Mustafa Çelik verhandelt wurde, sprach ihn das Gericht heute schuldig und verurteilte den kurdischen Aktivisten zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft. Vier Monate lang ließ das Gericht Zeug*innen – vor allem von Polizei und Geheimdienst – anhören, abgehörte Telefonate und SMS vorlesen und bereits an anderer Stelle Beschlossenes vortragen.

Vor der mündlichen Urteilsverkündung sah sich der vorsitzende Richter Rosenow gezwungen zu begründen, warum das Gericht kein politisches Urteil in einem politischen Prozess erlasse, sondern allein nach rechtsstaatlichen Kriterien urteile. Eine Entpolitisierung des Urteils und des gesamten Verfahrens gelang ihm dabei freilich nicht.

In der Urteilsbegründung versteifte sich das Gericht darauf, das türkische Regime sei „keine Besatzungsmacht und kein rassistisches System“ – angesichts des seit letztem Jahr eskalierenden Krieges in Nordkurdistan/Südosttürkei und des Einmarschs türkischen Militärs an der Seite extrem islamistischer Banden in Rojava/Syrien eine Farce. Sogar das Gericht selbst musste sich in diesem Punkt widersprechen, als es bei der Begründung des Strafmaßes anerkannte, dass Mustafa Çeliks Engagement gegen die Unterdrückung des kurdischen Volks und die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Regimes gerichtet gewesen sei.

Mustafa Çelik

Kenan Baştu

Eigenhändige Straftaten konnte das Gericht Mustafa Çelik nicht nachweisen; allein dass er seine Tätigkeiten – das Organisieren von Protesten, Wahlkampf für die Demokratische Partei der Völker (HDP), das Sammeln von Spenden, die Teilnahme und Bewerbung von Bildungen – als Mitglied der PKK ausgeführt habe, genüge, ihn zu verurteilen.

Mustafa Çelik selbst hatte bereits am Prozesstag zuvor erklärt, er werde sein Engagement für den Freiheitskampf in Kurdistan und die Freiheit des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan fortsetzen.

Nach der Urteilsverkündung drückte das Solidaritätskomitee für die Politischen Gefangenen Celle/Hannover noch spontan seinen Protest gegen das Urteil durch eine kurze Demonstration und eine Kundgebung in der Celler Innenstadt aus.

Auszug aus der Pressemitteilung des *Solidaritätskomitees für die politischen Gefangenen Celle/Hannover* vom 30.8.2016

Mustafa Celik wird außerdem vorgeworfen, von Juni 2013 bis Juli 2015 für die PKK das Gebiet Oldenburg und Hamburg geleitet zu haben. Zwei Tage nach der Urteilsverkündung wurde auch der kurdische Aktivist Kenan Bastu zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt. Über das Verfahren gegen Mustafa Çelik und Kenan Bastu sowie gegen alle anderen kurdischen Aktivist*innen, die nach §§ 129a, 129b StGB angeklagt werden, informiert der Blog

https://freiheit.blackblogs.org

Rückblick auf Blockupy-Wochenende

Das Aktionswochenende vom 2.-4. September liegt hinter uns. Bevor wir nach vorne schauen, hier der Versuch einer kurzen Bewertung des Wochenendes.

Am Freitagmorgen waren wir, rund tausend Aktivistinnen und Aktivisten, am Gendarmenmarkt und am Potsdamer Platz. Von dort aus schafften wir es, trotz massiver Polizeigewalt, bis vor das Ministerium für Arbeit und Soziales und das Finanzministerium, um die angekündigte Blockade zumindest symbolisch umzusetzen. Leider gab es dabei dutzende Verletzte, hauptsächlich durch Pfefferspray, aber auch Knochenbrüche durch Knüppelschläge und über 50 Ingewahrsamnahmen. Bis zum Abend wurden alle wieder freigelassen. Nach der Blockade gab es mehrere erfolgreiche Aktionen im Rahmen der 2. Welle, u.a. wurde an der „Mall of Shame" ein Transparent mit der Aufschrift „Organisieren, Blockieren, Streiken - Das Leben ist zu kurz für Kapitalismus" entrollt, zusammen mit kurdischen GenossInnen eine große Demonstration gegen den schmutzigen Deal zwischen der EU mit Erdogan durchgeführt, vor der sächsischen Landesvertretung auf die „deutschen Zustände" und den institutionellen Rassismus hingewiesen und ein Jobcenter als Ort der täglichen Spaltung und Schikane markiert. Besonders bemerkenswert war die Aktion im Berliner Hauptbahnhof, wo von Kletterern ein Banner mit der Aufschrift „Gemeinsam kämpfen gegen Rassismus und Sozialabbau" gut sichtbar in der Eingangshalle herabgelassen wurde. Leider konnten andere Aktionen auf Grund eines unverhältnismäßigen Eingreifens der Polizei nicht stattfinden, so wurden die Kissen für eine angekündigte Kissenschlacht beschlagnahmt und eine Aktion für Klimagerechtigkeit am Kraftwerk Klingenberg massiv behindert.

Für den Samstag hatte dann das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus" zu einer bundesweiten Demonstration aufgerufen. Blockupy hat sich daran durch den „grenzenlos solidarisch"-Block beteiligt, um dafür zu werben, dass ein Aufstehen gegen Rassismus auch ein Aufstehen gegen die Politik der Ausgrenzung durch die Parteien der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft bedeuten muss. Unser Grenzenlos-Block war mit Abstand der größte, lebendigste und bunteste Block auf der ganzen Demonstration.

Am Sonntag hatte schließlich „Welcome to Stay" zu seinem 2. Vernetzungstreffen eingeladen, zu dem mit über 150 Menschen mehr Leute als erwartet kamen. Dabei wurde beschlossen die Vernetzung weiter zu führen und für das nächste Jahr ein gemeinsamer Aktionstag gegen soziale und rassistische Ausgrenzung ins Auge gefasst.

von www.blockupy.org

Dick aufgetragen

Harald Rein zum Blockupy-Wochenende September 2016 in Berlin

Das Blockupy-Netzwerk hatte für den 2. September dazu aufgerufen, das Bundesarbeitsministerium in Berlin zu blockieren. Beabsichtigt war, auf den Zusammenhang der deutschen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit rassistischen Spaltungen in der Gesellschaft hinzuweisen. Der Termin war so gewählt, dass die Teilnehmerinnen der Blockupy-Aktionen sich am Folgetag an der Bündnisdemonstration »Aufstehen gegen Rassismus« beteiligen konnten. Wie dem Kommentar von Harald Rein zu entnehmen ist, hat das nicht gut funktioniert...

Ereignisse wie das Blockupy-Wochenende im September 2016 in Berlin könnte man danach beurteilen, ob die vorher genannten Ziele wenigstens ansatzweise erreicht wurden. Um einen Vergleich vorzunehmen, gehe ich zum einen vom Selbstverständnis von Blockupy aus und zum anderen vom ersten Aufruf zu den Berlin-Aktivitäten. Direktes Ziel war es, das Arbeitsministerium maßgeblich zu blockieren (Betrieb beeinträchtigen/lahmlegen) und am nächsten Tag den Zusammenhang zum Kampf gegen Rassismus massenwirksam herzustellen. Beides hat kaum funktioniert, dazu war z.B. dem Blockadeaufruf nur eine zu geringe Resonanz beschieden. Offensichtlich glaubten nur knapp tausend Menschen, mit einer Blockade des Arbeitsministeriums die Schnittpunkte zwischen Hartz IV, Integrationsgesetz und einem reaktionären Arbeitsregime öffentlichkeitswirksam darstellen zu können. Das Soziale in den Mittelpunkt der politischen Arbeit zu stellen, kommt zwar leicht über die Lippen, lahmt aber in der Praxis gehörig. Die Blockade einer Straße zum Arbeitsministerium (die schließlich erlaubt wurde), war das kümmerliche Ergebnis. Erst durch die Genehmigung einer Demonstration zum Potsdamer Platz konnte eine noch halbwegs gelungene Aktion in der Mall of Berlin stattfinden. Eine negative Rolle hat natürlich auch die Zerstrittenheit der Berliner Linken gespielt, die lieber ihre eigenen politischen Felder bearbeitet, als gemeinsam in einem Bündnis zu agieren. Hinzu kam, dass Blockupy Berlin nicht den Bekanntheitsgrad erreicht und auch nicht die Möglichkeiten genutzt hat, um eine größere Zahl von Aktiven zu mobilisieren.

In Selbstverständniserklärungen von Blockupy heißt es: Wir sind ein »europäisches Netzwerk«, und »zusammen wollen wir eine europäische Bewegung schaffen...« Diesem Anspruch ist man durch die Aktivitäten in Berlin keinen Schritt näher gekommen. Wie auch? Schließlich ist die Blockade des deutschen Arbeitsministeriums für italienische, portugiesische oder andere Genossinnen in Europa nicht besonders prickelnd. Der immer wieder gehörte Hinweis, Hartz IV sei das Zurichtungsinstrument für alle anderen europäischen Länder, trifft auch nur teilweise zu. In Holland und England wurden noch vor der deutschen Hartz IV-Einführung Erfahrungen zu einer rigiden

Sanktionspraxis im Zusammenhang mit »Fördern und Fordern« erzielt.

Auch das dick aufgetragene Mobilisierungsflugblatt für die Aktionen in Berlin übertünchte eher die eigene Praxisschwäche: »Wir glauben, es ist dringend Zeit, das Lager der Solidarität im Zentrum des europäischen Kapitalismus sichtbar werden zu lassen und hier gemeinsam die vermeintliche Alternativlosigkeit der neoliberalen Mitte anzugreifen (...). Am 3. September wollen wir dann ein starkes Zeichen setzen (...) .Das könnte ein Ausgangspunkt werden für eine andere Zeitrechnung, für ein kämpferisches Jahr mindestens bis zum Herbst 2017.«

Das überschwängliche Pathos spricht für sich, denn auch die Demonstration gegen Rassismus und die AfD am nächsten Tag hat nicht das gehalten, was man sich darunter vorgestellt hat, nämlich ein deutliches massenhaftes Zeichen gegen Rechtspopulismus und rassistische Theorie und Praxis in Deutschland setzen zu wollen. Nur rund 6.000 Demonstrantinnen marschierten gegen Rechts, da nützte es auch nicht, dass der »Grenzenlos-Block« eine famose Performance hinlegte. Das mag für die einzelnen Beteiligten ein tolles Ereignis gewesen sein, politisch gesehen war es ein Flop. Möglicherweise auch deshalb, weil man fälschlicherweise glaubte, mit der Beteiligung von Gliederungen der SPD und der GRÜNEN, vom DGB und von ver.di würde die Demonstration an Masse gewinnen. Dies stellte sich als Trugschluss heraus.

Die beiden Kundgebungen am Anfang und am Ende bestanden aus einem inhaltlichen Misch-Masch, von dem sich jeder das nehmen konnte, was er oder sie sowieso im Kopf hatte. Letztendlich war es aber ein Einstimmen auf die bevorstehende Berlin-Wahl. In einem sog. Streitgespräch konnten Wahlkandidatinnen ihre Positionen zur AfD und zu weiteren Themen kundtun. Die Statements lauteten so, wie sie bei jeder anderen x-beliebigen Wahl immer wieder anklingen. Die Regierenden sagen: »Wir haben einiges auf den Weg gebracht« und die Opposition tönt, was sie alles bewegen wird, wenn sie denn gewählt wird. Der gemeinsame Konsens lautete auf der Abschlusskundgebung »Berlin braucht keine AfD«. Vergessen wurde dabei, wer mit welcher Politik gerade zur Stärkung der AfD beigetragen hat, denn Berlin braucht auch keine SPD, keine GRÜNEN usw.

Dazwischen fanden sich dann noch Statements von attac und der Interventionistischen Linken, die sich klar gegen den Kapitalismus positionierten, aber eine zwingende Alternative nicht darlegen konnten oder wollten. Am Ende war das Gefühl wieder da, man muss doch wählen gehen, um das Schlimmste zu verhindern. Vielleicht sollten wir auf den nächsten Demonstrationen die Parole »Parlamentarismus raus aus den Köpfen« intonieren.

Was bleibt, ist die Fehleinschätzung, dass sich aus der Verbindung aus einer regionalen (bezogen auf Europa) Blockade mit einem angeblich breiten Bündnis parlamentarisch orientierter Gruppen eine neue Qualität des Kampfes kreieren ließe. Dieser Versuch dürfte gescheitert sein.

Richtig ist aber die Orientierung auf soziale Fragen, oder anders ausgedrückt: das Alltägliche in den Mittelpunkt zu stellen. Dies ist aber leichter gesagt als getan, denn das Soziale zu politisieren ist ein hartes Geschäft, das ohne Betroffene nicht funktioniert. Wer bewegt sich wie und für was im alltäglichen Dschungel der Gesellschaft? Was bedeutet es konkret, ein »gutes Leben« zu fordern, was verstehen wir im Einzelnen darunter und was hat Europa damit zu tun? Die Diskussion über Alternativen breitet sich zwar auch in Deutschland aus (Solidarische Ökonomie, Landgenossenschaften, Degrowth-Bewegung, Grundeinkommensvorstellungen usw.) – eine solidarische Debatte darüber innerhalb der radikalen Linken ist aber rar gesät. Im Grunde haben wir keine wirkliche Vorstellung davon, was nach dem Kapitalismus kommen wird. Aber vielleicht können wir auch von aktuellen Krisenbewältigungsstrategien aus Griechenland oder aus Lateinamerika lernen, um dem näher zu kommen, was ein solidarisches Europa sein könnte.

Das nächste Event 2017 in Hamburg wird kommen (G 20-Gipfel), aber was ist danach?

aus: ***express-Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 9/2016***

Harald Rein ist Erwerbslosenaktivist und Sozialwissenschaftler. Er arbeitet im Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ) als Berater.

Solidaritätserklärung

Keine Räumung des Alten Sportamts!

Das Alte Sportamt als unkommerzieller und selbstorganisierter Raum ist wichtig und muss weiterbestehen. In einer Gesellschaft, die von Konkurrenz und Profit bestimmt wird, ist es absolut notwendig solche Orte zu erhalten. Wir brauchen Räume, in denen Menschen sich gleichberechtigt und selbstorganisiert zusammentun können. Wir brauchen Räume, zu denen der Zugang möglichst frei von Barrieren ist und nicht die finanziellen Mittel über die Teilhabe entscheiden. Wir brauchen Räume, die eigenverantwortlich genutzt werden, an denen keine Kontrolle stattfindet. Wir alle brauchen diese Räume! Dass die Stadt Bremen nun Räumungsklage gegen die Nutzer_innen einreichen wird und den Konflikt um das Alte Sportamt somit eskalieren lässt, halten wir für nicht zu rechtfertigen. Die jetzt schon über ein Jahr anhaltende Besetzung zeigt, dass es auch ohne Vertrag möglich ist, einen offenen Raum eigenverantwortlich zu organisieren. Wir erklären uns solidarisch mit der Besetzung des Alten Sportamts und fordern den Erhalt als selbstverwalteten Raum. Wir fordern die Stadt Bremen dazu auf, das Alte Sportamt nicht zu räumen und stattdessen die Nutzung weiterhin zu tolerieren.

Das Eigentum und die Notwendigkeit der Aneignung von Plätzen und Häusern

In Oldenburg ist und war einiges los. Zwar scheint sich die Angst der letzten Jahre, fast alle Möglichkeiten in Oldenburg zu verlieren, welche es ermöglichen, alternatives Leben auszuprobieren und unkommerzielle Kultur zu erleben, nicht so radikal erfüllt zu haben, wie befürchtet. Trotzdem besteht die dauerhafte Bedrohung durch kapitalistische Zustände Freiräume zu verlieren fort. Der zwangsmäßige Umzug der Wagenburg, die Umsiedlung des PunkA-Platzes und die faktische Räumung des Haus Friedensbruchs sind nur einige Beispiele für Opfer kapitalistsicher Stadtentwicklung. Alles was nicht in das bürgerliche Stadtbild Oldenburgs passt, wird zerstört und muss einer sogenannten Stadtaufwertung weichen. Damit sind teure Bürogebäude und Loft-Wohnungen gemeint, welche in Zukunft das Stadtbild prägen sollen und lediglich jenen zu gute kommen, welche entweder durch Glück oder besonders gute wirtschaftliche Verwertbarkeit an das notwendige Kapital gelangt sind. Eine Möglichkeit dem Entgegenzutreten sind Besetzungen welche das Ziel verfolgen, sogenanntes Privat-Eigentum in gemeinschaftliches Eigentum umzuwandeln und somit die Nutzung und Gestaltung von Wohn- und Kulturraum der Allgemeinheit zugänglich zu machen und nicht nur jenen zu überlassen, welche über das notwendige Kapital verfügen.

Häufig stehen Besetzer_Innen von Plätzen oder Häusern jedoch in der (bürgerlichen) Kritik, durch ihr handeln gegen das Recht auf Privat-Eigentum und damit gegen das Grundgesetz (Art. 14) und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Art. 17) zu verstoßen. Aus anderen politischen Lagern ertönt die Kritik, durch die Besetzungen würde sich auch nur auf eine andere Art und Weise Privat-Eigentum angeeignet werden. Um dem entgegenzuwirken und langfristig funktionierende Strukturen zu etablieren ist es notwendig, ein linkes Eigentumsverständnis zu formulieren, welches in klarer Abgrenzung zu dem der bürgerlichen Gesellschaft steht. Dieser Text versucht dafür einen Ansatz zu liefern, indem in ihm auf die Entstehung des bürgerlichen Privat-Eigentums eingegangen und dieses kritisiert wird. Anschließend wird versucht Merkmale aufzustellen, welche grundlegend für ein neues Eigentumsverständnis sein müssten.

Das bürgerliche Eigentumsverständnis hat seinen Ursprung in den Theorien von John Locke und findet sich in unterschiedlichster Stärke in verschiedenen Verfassungen der Welt wieder. Die Grundlage hierfür lieferte Locke in seinem Werk „Zwei Abhandlungen über die Regierung“ im Jahr 1689. Dabei stand zum ersten mal im Fokus, dass alle Menschen das Eigentum an der eigenen Person besitzen und somit Sklaverei und Leibeigenschaft keinen Raum in unserer Gesellschaft haben könne. Wird sein Werk etwas kritischer gelesen, wird deutlich, dass seine Thesen im Grunde nur die Legitimation für die damaligen Besitz- und Herrschaftsverhältnisse, welche sich im Zuge der Industrialisierung ergeben hatten, lieferten. Nichtsdestotrotz schaffte er es in seinem Werk, die damals noch gültige Gesellschaftsordnung der Monarchie zu deligitimieren und legte einen Grundstein für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft.

Ein kurzer Abriss über Privat-Eigentum

Ausgehend vom Eigentum an der eigenen Person (vgl. Locke 1977, §27) leitet Locke nun das weitere Eigentumsrecht her, und begründet die Notwendigkeit eines solchen, durch die Notwendigkeit sich zu ernähren, um zu überleben (vgl. ebd., §25). Gäbe es kein Privat-Eigentum, würden wir schon bei dem Verspeisen eines Apfels Diebstahl an

der Gemeinschaft begehen. Stillschweigend hätten die Menschen somit einem Gesellschaftsvertrag zugestimmt, der Menschen befugt, Eigentum zu erwerben und andere somit von dessen Gebrauch ausschließt. Schon an dieser Stelle ergeben sich viele Fragen:
Wieso sollte ein Gesellschaftsvertrag (sofern überhaupt von einem 'Vertrag' gesprochen werden kann), welcher unter damaligen Verhältnissen entstanden ist – also wenn überhaupt lediglich die Zustimmung von männlich sozialisierten, heterosexuellen, weißen Mitteleuropäern besaß – heute irgendeine Gültigkeit besitzen?
Wieso bedingt die Möglichkeit zur Ernährung eine Eigentumsdefinition, die andere grundsätzlich von dem Gebrauch von materiellen Gütern ausschließt?
Später wird noch auf diese Fragen eingegangen werden.

Locke fängt nun an zu beschreiben wie sich das heutige Gesellschaftssystem in Bezug auf Eigentum seiner Meinung nach entwickelt hat: Wie es sich mit dem Eigentum innerhalb von Staatsgrenzen verhält (vgl. ebd., §35), wodurch seiner Meinung nach die Aneignung von Eigentum begrenzt ist (vgl. ebd., §32 & §46) und welche Rolle das Geld als unverderbliches Austauschmittel spielt (vgl. ebd §45 & §47). Für diese Kritik entscheidend ist jedoch vor allem die Frage, wie Eigentum nach Locke – und damit auch nach heutigem bürgerlichen Verständnis – überhaupt entsteht.
Locke geht davon aus, dass der Mensch erst einmal nur das Eigentum an der eigenen Person selbst besitze. Auf dieser Annahme aufbauend beschreibt er, dass auch die eigene Arbeit Eigentum des Menschen sei (vgl. ebd., §27), da diese von seinem Körper ausgeht. Wenn nun der Mensch einen Gegenstand bearbeitet, würde seine Arbeit, also ein Teil von ihm, in den Gegenstand übergehen, wodurch der Gegenstand ein Teil des Menschen werden würde (vgl. ebd., §27). Vereinfacht ausgedrückt, sieht somit die Formel für Eigentumsaneignung für Locke wie folgt aus: Naturgegenstand + eigene Arbeit = Eigentum.
Es macht also für Locke keinen Unterschied, ob einem Menschen ein Arm abgehackt oder der Stuhl geklaut wird.

Wichtig ist zu bedenken, dass es Locke in erster Linie nicht um das Eigentum an Endprodukten geht, sondern um die Aneignung von Land und anderen Produktionsmitteln (vgl. ebd., §32). Aus der Notwendigkeit heraus Güter aufzuteilen, da die Ressourcen begrenzt wären, und durch die Zustimmung 'aller' Menschen wird Geld als allgemeines Austauschmittel eingeführt (vgl. ebd., §45). Dies bedeutet, dass alle Menschen sich durch Geld ein Eigentumsrecht – den Ausschluss anderer beinhaltend – an so ziemlich allem unbegrenzt aneignen können (vgl. Ebd., §47). Wird Lockes Theorie etwas kritischer betrachtet, wird schnell klar, dass er zwar einen wichtigen Schritt weg von der Monarchie geschafft hat, jedoch durch seine Eigentumsbegründung nur das Eigentum – und durch das Eigentum an Produktionsmitteln auch die Grundlagen der Bedürfnisbefriedigung – einer bestimmten Gesellschaftsschicht legitimiert hat.

Für die Entwicklung eines emanzipatorischen Eigentumsverständnisses sind somit drei grundlegende Ausgangspunkte Lockes und dessen gezogene Schlüsse zu kritisieren:

1. Die Ressourcen der Erde seien Begrenzt
2. Das Eigentumsverhältnis soll legitimiert werden durch ein Verhältnis zwischen Mensch und Gegenstand
3. Das Eigentum wird erworben durch (Lohn-) Arbeit

Die erste dieser Aussagen beinhaltet den wohl weit verbreitetsten Irrtum unserer Gesellschaft: Die Knappheit der Ressourcen[1]. Diese Prämisse nutzt Locke dazu, um die Notwendigkeit der Eigentumsaneignung zu begründen. Auch der Konkurrenz-Gedanke, welcher eine der Grundlagen für das 'Funktionieren' der Marktwirtschaft darstellt, wird dadurch begründet. Selbst wenn wir mal außen vorlassen, dass die jetzige Art und Weise wie unsere Gesellschaft organisiert ist, wohl mit die Verschwenderischste ist, da „[d]er Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, [...] als eine 'ungeheure Warensammlung' [erscheint]“ (Marx 2008, S. 49) und auch ausgeblendet wird, dass wir bei heutiger Technik genug produzieren können (und auch zum großen Teil tun) um allen Menschen die Bedürfnisbefriedigung (Ziegler 2012) – auch nach Luxus – zu sichern (was wir wiederum nicht tun), bleibt die Frage, wie die Ressourcen durch einen sich verhärtenden Konkurrenzkampf geschont werden sollen. Anstatt die Bedürfnisbefriedigung aller Menschen als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen, die gemeinschaftlich organisiert werden muss, wird die Knappheit propagiert und somit die Angst der Menschen noch gestärkt, sie könnten ihre Bedürfnisse nicht befriedigen, wenn sie sich nicht möglichst schnell möglichst viel Eigentum anhäufen.

Auf die zweite der Aussagen geht schon Rousseau ein. Er beschreibt, dass ein Besitzverhältnis immer als Grundlage die Akzeptanz der Gesellschaft benötigt (vgl. Rousseau 2008, S. 173). Damit muss die Eigentumsbegründung immer auf zwischenmenschlicher Absprache basieren. Locke versucht zwar dies durch einen Gesellschaftsvertrag zu berücksichtigen, begründet jedoch das Eigentumsrecht in einem Verhältnis zwischen dem Menschen und dem Gegenstand, welcher sich durch die geleistete Arbeit legitimieren soll. Zum 'Gesellschaftsvertrag' sei noch einmal auf die Art und Weise hingewiesen wie so ein 'Vertrag' zu damaligen Verhältnissen gedacht werden kann. Sicher ist, es kann schon einmal kein schriftlich aufgesetzter Vertrag gemeint sein. Jedoch auch, wenn nur von einem gedachten Vertrag dem alle Menschen stillschweigend und intuitiv zugestimmt haben, ausgegangen wird, bleibt die Frage im Raum stehen, warum dieser für uns heute irgendeine Gültigkeit haben sollte. Die Verhältnisse damals waren noch stärker von direkten Diskriminierungsmechanismen geprägt, als es unsere Welt heutzutage ist. Jenen die überhaupt die Möglichkeit hatten Macht in irgendeiner Form auszuführen, waren männlich, weiß, christlich und im Besitz der Möglichkeit zur Produktion. Wenn wir wirklich davon ausgehen würden, ein 'Vertrag' der zu damaligen Zeiten abgeschlossen wurde, hätte heutzutage noch irgendeinen Anspruch auf Gültigkeit, stehen wir nicht nur in einer krass

autoritären Tradition, sondern negieren auch sämtlichen gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritt der Menschen.

Die dritte der Aussagen bezieht sich darauf, dass Locke die Frage offen lässt, warum für die Nutzung eines Gegenstandes, dieser Gegenstand nur einer Person gehören darf und dadurch andere ausgeschlossen werden müssen. Dadurch ignoriert er die Fähigkeit des Menschen sich abzusprechen und Rücksicht auf die Bedürfnisse des einzelnen Individuums zu nehmen. Proudhon beschreibt das Eigentum als „das reine und einfache Eigentum, das Herrschaftts-, das Herrenrecht über die Sache“ (Proudhon 1840, S. 28), während der Besitz für ihn einen Zustand und kein eigentliches Recht bezeichnet. So würde es für die Nutzung von Gegenstände vollkommen ausreichen, ein gesellschaftlich abgesprochenes Recht auf den Besitz von etwas zu haben, während der Gegenstand immer Eigentum der Gemeinschaft bliebe.

Die Notwendigkeit hierfür wird besonders im Bezug auf Produktionsmittel deutlich, die in unserer Gesellschaft die Grundlage für Bedürfnisbefriedigung darstellen. Aber auch die Nutzung und Schaffung von Wohnraum lässt sich unter diesem Aspekt betrachten. Aber dazu später. Lockes Idee, Eigentum durch die hineingesteckte Arbeit zu definieren, hat noch weitere Fehler. Zum einen stellt sich die Frage, warum ein Stück Land durch Bearbeitung zu Privat-Eigentum werden sollte und nicht nur die Erträge des Feldes. Zum anderen stellt sich die Arbeit in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft als deutlich komplexer dar.

Die wenigste Arbeit in unserer bürgerlichen bzw. in 'zivilisierten' Gesellschaften allgemein wird alleine von einem Menschen bewältigt, sondern besteht meist aus einer Verknüpfung von den Fähigkeiten vieler Menschen. Hierzu zählen sowohl die einzelnen unterschiedlichen Arbeitsschritte (beginnend bei der Produktion von Werkzeugen bis hin zum Endprodukt) als auch die Organisation dieser Arbeit und die Vorstellung und Erfindung des Produktes (welche sich auch wieder aus unterschiedlichen Ideen zusammen setzen). Somit muss die Arbeit immer als gesamtgesellschaftlicher Prozess betrachtet werden, welcher als Zielsetzung die Bedürfnisbefriedigung jedes einzelnen Menschen hat. Innerhalb eines Lohnarbeitsprozesses, wird versucht, jeden dieser Schritte in Verantwortungsbereiche aufzuteilen (Arbeitsplätze) und die Menschen werden individuell bezahlt. Der Gesamtprozess (welcher aber letztendlich zur Bedürfnisbefriedigung führt) wird hierbei unterteilt und eine unterschiedliche Wertigkeit zugeschrieben. Dies erzeugt wieder Ungleichheit und führt die Frage nach den wirklichen Besitzansprüchen ins absurde – zumindest wenn die Absprache, der Markt hätte die Bedürfnisbefriedigung als Ziel und das Geld, welches der Ausdruck auf Besitzanspruch und für die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe ist, wäre das legitime Austauschmittel, abgelehnt wird. Das der Markt und die Lohnarbeit nicht als Ziel haben die Bedürfnisse zu befriedigen, sondern die Bedürfnisbefriedigung bestenfalls als Abfallprodukt bei der Erwirtschaftung von Kapital betrachtet werden kann, soll hier nicht weiter dargelegt werden.

Ein weiterer Punkt bei der Kritik an der Legitimation von Eigentum durch Arbeit ist – zumindest wenn die Gleichheit der Menschen (welche sich im gleichen Recht und den gleichen Möglichkeiten auf Bedürfnisbefriedigung äußern muss) als Ausgangspunkt gesehen wird – dass die Möglichkeit wirtschaftliche Arbeit zu leisten, immer sowohl von der eigenen körperlichen und/oder geistigen Arbeit abhängig ist, als auch von den Möglichkeiten diese Umzusetzen (Zugang zu Produktionsmitteln, Beziehungen etc.). Da die Fähigkeiten eines Menschen zum größten Teil von der lebenslangen Sozialisation, den gesellschaftlichen Machtverhältnissen und dem zur Verfügung stehendem wirtschaftlichem Kapital abhängt, kann sich in unserer Gesellschaft mit dem heutigen Eigentumsbegriff nur Ungleichheit und Ungerechtigkeit reproduzieren.

Die Feststellung, das Kapital und Eigentum scheiße sind,
ist jedoch nicht weiter neu und die wichtige Frage wäre ja, wie müsste ein Eigentumsbegriff aussehen, auf den eine befreite Gesellschaft aufbauen könnte. Dies zu erarbeiten wird ein langer Prozess sein, den die radikale Linke gemeinschaftlich noch hinter sich zu bringen hat. Der Ausgangspunkt für eine solche emanzipatorische Betrachtung müsste dabei immer die Gleichheit aller Menschen sein. Wenn Menschen als Gleich angesehen werden sollen, müssen auch ihre Bedürfnisse als gleichwertig angesehen werden. Damit die Bedürfnisse befriedigt werden können, muss allen Menschen die Möglichkeit auf individuelle Bedürfnisbefriedigung ermöglicht werden.

Ein erster Schritt hin zu einer tatsächlichen Gleichheit der Menschen wäre somit sicherlich die Abschaffung des Privat-Eigentums an Produktionsmitteln[2].

Jedoch ist auch ein Verständnis notwendig, welches den Tausch-Gedanken grundlegend angeht. Es muss allen Menschen, auch ohne das sie konkret Dinge nachweisbar geleistet haben (Lohnarbeit), die Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung offen stehen. Somit wäre die Frage nach Eigentum immer eine Frage nach der gesellschaftlichen Absprache. Wobei es hierbei nicht darum gehen kann, ob irgendein bestimmtes Bedürfnis gerechtfertigt ist oder nicht, sondern die Absprache müsste sich auf die Organisation dieses Bedürfnisses beziehen. Wie eine solche Absprache im Einzelfall aussehen kann, müsste noch erarbeitet werden, falls es überhaupt eine allgemein gültige Antwort auf diese Frage geben kann.

Die Frage inwieweit in unserer momentanen Welt überhaupt ein echter Konsens möglich ist, zeigt die Grenzen auf, die uns die Realität und kapitalistische Gesellschaftsordnung beschert.

Jedoch ist es wichtig den eigenen Anspruch zu überprüfen und die Strukturen immer weiterzuentwickeln.

Am Beispiel eines besetzten Hauses
müssten z.B. die Möglichkeiten in Organisationsstrukturen reinzugelangen allen offen stehen und es müsste möglich sein einen echten Konsens zu erarbeiten[3]. Somit müsste ein anarchistischer Eigentumsbegriff geschaffen werden, der den Selbstanspruch inne hat, allen Menschen die Nutzung zu ermöglichen. Ein öffentlicher Platz wäre somit im

Besitz aller, die sich beteiligen und es müsste immer wieder das eigene Handeln und die eigenen Strukturen auf die Zugänglichkeit überprüft werden[4].

Natürlich entsteht nun ein Widerspruch, auf den kurz noch eingegangen werden muss: Wie kann ein öffentlicher Raum öffentlich gestaltet werden, ohne sich dabei für die kapitalistische Normalität zu öffnen. Ein emanzipatorischer Eigentumsbegriff muss dem Anspruch einer emanzipatorischen Welt gerecht werden. Alle Gesellschaften basieren auf bestimmten gesellschaftlichen Absprachen und so kann natürlich auch eine befreite Gesellschaft nicht aus einem Werte freiem Raum heraus entstehen. Diese Werte müssten immer den Anspruch haben eine herrschaftsfreie Alternative zum Bestehenden darzustellen. Durch den Anspruch einen Anteil zu einer emanzipatorischen Gesellschaft zu leisten, muss ein öffentlicher Raum auch immer als Schutzraum gesehen werden, woraus sich ergibt das grundsätzlich kein Platz für Diskriminierungsmechanismen sein darf. Dieser Anspruch wird nicht alleine durch die Bekämpfung von Diskriminierungsmechanismen deutlich, sondern müsste sich auch in einem kritischen Umgang mit kommerziellen Veranstaltungen und Werbung für diese ausdrücken. Kommerzielle Veranstaltungen (und dem zufolge auch die Werbung für diese) haben genug Platz in der bestehenden Welt und stehen somit immer in Verbindung zu einem bürgerlichen Eigentumsbegriff.

Die Grundlage eines neuen Eigentumsverständnisses müsste somit sein, dass es auf gesellschaftlicher Absprache basiert, unter der Berücksichtigung das auch z.B. das Bedürfnis alleine irgendwo zu wohnen, ein Bedürfnis sein kann, welches gesellschaftlich erfüllt werden muss. Daraus lässt sich ableiten, dass Diebstahl nicht zu neuem Privat-Eigentum wird, zumindest solange es danach in gesellschaftlichen Besitz überführt wird und somit einem anderen Verständnis unterliegt. Dies lässt sich sowohl auf Diebstahl im bürgerlichen Sinne beziehen (wie bei Hausbesetzungen), als auch auf Diebstahl, der durch bürgerliche Produktion entsteht (Geld verdienen durch Lohnarbeit und danach etwas käuflich erwerben). Deutlich wird auch: Es gibt eine klare Abgrenzung zwischen einem bürgerlichen Eigentumsverständnis und dem Verständnis mit einem besetzten Haus, solange Strukturen offen zugänglich sind.

Letztendlich wird es immer an uns allen liegen, nicht aufzugeben Plätze und Häuser zu besetzen und emanzipatorische Strukturen aufzubauen und weiterzuentwickeln. Langfristig gesehen, scheint dabei die Aneignung durch Kauf und die Umwandlung in allgemeinen Besitz einfacher. Das Alhambra scheint dafür ein gutes Beispiel. Es stellt in Oldenburg einen der letzten sicheren selbstverwalteten Plätze dar und kann aufgrund dessen, dass der Verein das Haus auch nach kapitalistischen Vorstellungen besitzt, nicht geräumt werden. Allerdings ergibt sich der Sinn auch weiterhin Besetzungen durchzuführen nicht nur aus der Not heraus, dass das notwendige Kapital zum Kauf der Welt fehlt: Wenn nicht wir immer wieder auf die Widersprüchlichkeit zwischen der Gleichheit der Menschen und dem bürgerlichem Privat-Eigentum aufmerksam machen und versuchen einer menschenverachtenden Welt eine Alternative aufzuzeigen, wird sich niemals etwas auf fortschrittliche Weise verändern.

In diesem Sinne: Der nächste Sommer kommt bestimmt und Oldenburg hat genug Leerstand für all unsere Ideen und Phantasien...

1 Hiermit soll nicht geleugnet werden, dass die Ressourcen dieser Erde begrenzt sind. Jedoch erscheint es auch nicht so, als würde in der kapitalistischen Marktwirtschaft versucht werden, durch die Proklamation der Knappheit einen Schutz von Ressourcen zu erreichen.

2 Hiermit ist keine Verstaatlichung der Produktionsweise gemeint! Diese würde lediglich zu einem Staatskapitalismus führen.

3 Welche Probleme eine Konsensfindung aufbringt sollte allen Menschen bewusst sein. Spätestens jenen, die schon einmal zum ersten Mal auf einem Plenum in einer fremden Stadt/Struktur saßen und die Hemmschwelle gespürt haben sich zu Wort zu äußern. Bei einem gesamtgesellschaftlichen Anspruch kommen noch stärker als im kleinem Rahmen weitere Hindernisse wie wirtschaftliche Abhängigkeit, patriarchale und rassistische Strukturen, ableistische Verhältnisse etc. mit rein. Das Problem von einer faktisch umsetzbaren Konsensabsprache in unserem Raum zeigt meiner Meinung aber nur die Begrenzung unserer Möglichkeiten durch heutige äußere Strukturen auf (Wir leben in einer Scheiß Welt und die muss sich im ganzen verändern).

4 Der sich ergebende Widerspruch von einem emanzipatorischen Eigentumsbegriff und dem Schützen der eigenen Strukturen soll hier nicht weiter behandelt werden, lediglich die Reflektion danach, welche Strukturen es vor wem zu schützen gilt und welche Strukturen für alle Menschen nach eigenem Verständnis offen sein müssen, kann dies Beantworten.

Literaturverzeichnis:

Locke, John (1977). Zwei Abhandlungen über die Regierung. Frankfurt/Main: Surkamp Verlag

Marx, Karl (2008): Das Kapital – Erster Band. Berlin: Dietz

Proudhon, Pierre Joseph (1840). Was ist das Eigentum http://static.twoday.net/sentenzen/files/proudhon.htm stand: 24.01.2012

Rousseau, Jean-Jacques (2008). Diskurs über die Ungleichheit (Ed. Meier). UTB

Ziegler, Jean: http://www.tageswoche.ch/de/2012_01/international/249240/ stand: 14.02.2012

Erklärung zur Besetzung

der Gaststätte Steffmann in der Kurwickstraße 23/24

Am zweiten September wurde in der Innenstadt die ehemalige Gaststätte „Steffmann„ besetzt – mal wieder. Nach einer früheren Besetzung vor drei Jahren erklärte die Besitzerin, das Gebäude sanieren und vermieten zu wollen. Passiert ist seit dem nichts und mehrere Wohnungen sowie ein Veranstaltungsraum blieben weiter ungenutzt und vergammelten. Grund genug für eine weitere Besetzung! Leider wurde das Gebäude noch am selben Abend geräumt. Hier die Erklärung der Besetzer_innen:

Moin, Moin,

Eure freundlichen Hausbesetzer_Innen von neben an melden sich mal wieder.

Und wir sind verdammt sauer!

Wir sind sauer darüber, dass es nicht verhindert werden konnte, dass alternative Wohn- und Kulturprojekte in Oldenburg die letzten Jahre systematisch aus dem Stadtinneren verdrängt oder wie im Fall des „Haus Friedensbruch“ komplett zerstört wurden.

Wir sind sauer darüber, dass trotz einer Fülle an leeren Häusern in Oldenburg die Mieten für viele kaum be- oder unbezahlbar sind.

Wir sind sauer, weil es neben dem Wohnraumraummangel, auch an Räumen für Kultur für den kleinen Geldbeutel fehlt, für Veranstaltungen ohne großes Budget. An Räumen, in denen sich Menschen treffen und selbst verwirklichen können, abseits von Leistungszwang und kapitalistischer Verwertungslogik. In denen Träume geträumt und ausprobiert werden dürfen und können.

Diese Probleme finden sich nicht nur in Oldenburg. Auch in vielen anderen Städten sind unkommerzielle und alternative Wohn- und Kulturprojekte von einer verfehlten Stadtpolitik betroffen und in ihrer Existenz bedroht. Sei es das Hauptzollamt in Münster, die Kadterschmiede in Berlin oder das Alte Sportamt in Bremen. Daher haben wir uns entschieden nach drei Jahren erneut die ehemalige Gaststätte Steffmanns zu besetzen und das Gebäude wieder mit Leben zu füllen.

Nach sechs jährigem Leerstand und Verfall des Gebäudes gab die Eigentümerin gegenüber der NWZ nach dem Gerichtsprozess zur letzten Besetzung bekannt, sie wolle „[d]ie Wohnräume im Obergeschoss [...] renovieren und für eine Studenten-Wohngemeinschaft zur Verfügung stellen“ (NWZ 05.11.2013). Dies ist bis heute – weitere drei Jahre später – nicht geschehen. Auch sonst ist mit dem Gebäude nichts geschehen, was auf eine sinnvolle Nutzung hinweisen würde. Dadurch erweist sich die Eigentümerin in unseren Augen nicht als geeignet, dieses Gebäude zu verwalten.

„Wo Häuser leer stehen, obwohl sie von den Bürger_Innen einer Stadt gebraucht werden, kann kein Hausfrieden gebrochen werden. Denn wo kein Leben ist, kann es auch keinen Frieden geben.“

Jedem Stamm seine Bräuche

In den Sozialwissenschaften und der antirassistischen Szene bedienen sich einige im Kampf gegen »kulturelle Aneignung« einer Sprache, die von der rechter Ethnopluralisten nicht mehr zu unterscheiden ist.

Die trügerische Idylle der Seenlandschaft um Lärz in Mecklenburg-Vorpommern verbirgt nur mühsam, dass etwas in dieser Gegend brodelt. Die Ortsteile der Gemeinde tragen Namen wie Krümmel, Ichlim und Troja. Wer hier keine Perspektive mehr für sich sieht, kann nur noch wegziehen, sterben oder der örtlichen Freien Kameradschaft beitreten, damit man wenigstens nicht alleine das nächstgelegene Asylheim anzünden muss. Doch dieses Jahr im Juni hat der Teil der indigenen Bevölkerung, der sich in einem Widerstandskampf gegen fremde Einflüsse auf den Lokalcharakter wähnt, Unterstützung in Form einer mehrtägigen Musikveranstaltung erhalten, deren Besucherzahl die bei Konzerten der in diesem Bundesland besonders populären »Rock für Deutschland«-Ablegern übertrifft. Auf dem Gelände des stillgelegten sowjetischen Flugplatzes Lärz versammelten sich zum Fusion-Festival 70 000 Menschen, die meisten von ihnen Weiße, um im amphetamingeschwängerten Delirium die Überlegenheit ihrer Rasse zu zelebrieren.

Nach der Lesart von Hengameh Yaghoobifarah, Redakteurin des Missy Magazines, haben Veranstalter und Besucher für diesen Zweck lediglich einen subtileren Weg gewählt als das sonst übliche Gebaren der Faschisten vor Ort: Statt die Fremden zusammenzutreten und Spuren ihrer Bräuche und künstlerischen Leistungen zu eliminieren, entschieden sich die Fusion-Gänger dazu, der Kultur der Marginalisierten habhaft zu werden und sie der Lächerlichkeit preiszugeben. »Ihre stereotypen, rassistischen Kostüme waren jedenfalls überall. Neben den Dreadlocks trugen weiße Menschen Kimonos, Kegelhüte, Oberteile mit random chinesischen Zeichen, Bindis, Saris, Federkopfschmuck, Tunnel, Turbane, Sharwals oder einzelne Federn im Haar«, so Yaghoobifarah in einem Blogbeitrag. Nicht einmal kulinarischen Errungenschaften zollte das Festival gebührenden Respekt, wurden die Speisen doch nach »deutschem Gaumen« und von weißen Standbetreibern zubereitet. »Was an sich ja in Ordnung wäre, würden sie nicht den Exotikfaktor erzwingen. Stichwort: Black and brown food served by white people«,

beklagt die Verfasserin, die nur schwerlich ihre Enttäuschung darüber verhehlen kann, dass die gastronomischen Arbeiter nicht nach ethnischen Kriterien segregiert wurden und kein von Afrikanern betriebener Bananenstand die Anwesenden verköstigte.

Yaghoobifarahs im Netz viel diskutierter Artikel »Karneval der Kulturlosen« war nur einer der Impulse jüngeren Datums, die die Debatte um sogenannte »kulturelle Aneignung« (engl.: cultural appropriation) in periodischen Abständen immer wieder neu entfachen. Vor allem in nordamerikanischen Medien vergeht kaum eine Woche, in der kein Skandal an Universitäten oder im Showbusiness die Aneignungsgegner erzürnt. Die Studierendenrat der University of Ottawa entschied im November vergangenen Jahres einen kostenlosen Kurs auszusetzen, den eine Yoga-Lehrerin zuvor über mehrere Jahre angeboten hatte. Grund: Die Kultur, von der Yoga »übernommen« wurde, hätte in der Vergangenheit Imperialismus und westliche Beherrschung erlitten. Die Universität müsse daher Sensibilität beweisen, argumentierten Studentenvertreter in einer internen E-Mail. Das Oberlin College in Ohio erhielt im selben Zeitraum Beschwerden, dass die als vietnamesisch deklarierten Mittagsgerichte wie auch das Sushi in der Mensa aufgrund ihrer nicht originalgetreuen Zubereitung eine »Manipulation traditioneller Rezepte« und daher unzulässige Aneignungen darstelle. Die Sängerin Miley Cyrus musste sich einige Jahre zuvor auf dem feministischen Internetportal Jezebel den Vorwurf gefallen lassen, aus ihrer weißen Position heraus einen afroamerikanisch codierten Habitus zu imitieren. Tanztechniken wie das Twerking habe sie »gestohlen«.

Ethnopluralismus von links

Der Diskurs über diese und andere Erscheinungen wird vornehmlich von Bloggern und Akademikern getragen, die sich selbst als Teil einer antirassistischen Öffentlichkeit verstehen. Ihr Kampf geriert sich emanzipativ. Ihre Sprache ist rechts. Hindurch schimmert der Geist eines Authentizitätsfetischismus und reaktionärer Ethnopluralismustheorien, in denen Kultur ein verletzliches System ethnisch klar definierbarer Menschengruppen darstellt.

Die US-Juraprofessorin Susan Scafidi hat sich in ihrem Buch »Who Owns Culture? Appropriation and Authenticity in American Law« mit der Frage beschäftigt, ob das Urheberrecht, das die kulturellen Erzeugnisse von Individuen schützt, für Gemeinschaften gelten kann. Laut Scafidis oft zitierter Definition ist kulturelle Aneignung eine »unerlaubte Wegnahme geistigen Eigentums, traditionellen Wissens oder kultureller Artefakte«. Ausgesprochen schädlich sei dies, wenn »die Quelle eine Minderheit ist, die unterdrückt oder in anderer Weise ausgebeutet wurde oder wenn das angeeignete Objekt besonders sensibel ist, beispielsweise Heiligtümer«. Die meisten Verteidiger des Konzepts folgen dieser Stoßrichtung. Gegen kulturellen Austausch und gegenseitige Beeinflussung sei im Prinzip nichts einzuwenden. Nur müsse das gesellschaftliche Machtverhältnis berücksichtigt werden. Wer sich in Westeuropa oder den USA als Angehöriger einer ethnischen Minderheit beispielsweise dem Kleidungsstil der Mehrheit anpasst, betreibt lediglich Assimilation. Wenn sich ein Weißer hingegen Dreadlocks in die Haare dreht, könne schon von einem gewaltsamen Übergriff auf die Kultur der Rastafari und deren historischen Widerstand die Rede sein. Überdies seien weiße Europäer mit kulturfremder Haarpracht nicht derselben Stereotypisierung und Repression ausgesetzt, mit denen »people of color« zu kämpfen haben. Für die einen ist dieser Theorie zufolge die Frisur nur ein Modegag, der für sie ohne negative Konsequenzen bleibt. Für die anderen aber ist sie ein Schicksal, das jeden Tag erneut den Kampf gegen gesellschaftliche Ausgrenzung erfordert.

Es dürfte den Anhängern dieses Grundgedankens bewusst sein, dass Weiße, die ihre Privilegien reflektieren und sich aus lauter Betroffenheit die Wursthaare abschneiden, damit nicht den geringsten Beitrag zum Kampf gegen rassistische Polizeikontrollen in Bahnhöfen und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt leisten. Nur auf den ersten Blick kurios mutet die Empfehlung an, das Tragen von Bindis, Afros und Sombreros Angehörigen der »Originalkultur« zu überlassen. Hiergegen ließe sich schließlich einwenden, dass dies die Exotisierung von Menschen ohne biodeutsche Herkunft eher noch fördern würde. Je mehr sich bestimmte Symbole auf ein Kollektiv beschränken, desto leichter lassen sie sich als Stigma missbrauchen. Wer dagegen ist, dass die Trägerin eines Sari aufgrund ihrer Kleidung fremdenfeindlich beleidigt wird, sollte befürworten, dass die indische Tracht möglichst weite Verbreitung findet und als normales Stoffstück Einzug ins Straßenbild hält.

Kritikerinnen und Kritiker sogenannter Kulturaneignung haben daran kein Interesse. Sie hängen einer essentialistischen Ideenwelt an, die Gruppen Wesensmerkmale und ein angeborenes Schicksal zuweist. Selbst der naive Einspruch, dass alles von Menschenhand Geschaffene auf Inspiration und Nachahmung von anderen fußt, gilt ihnen nicht viel. Stattdessen ernennt sich etwa die Autorin Salomé auf dem Blog Mädchenmannschaft zur Stellvertreterin von mehr als einer Milliarde Individuen und schreibt: »Japaner_innen sind NICHT hellauf begeistert davon, dass Polyesterkimono als Karnevals- oder Halloweenkostüme verkauft werden. Inder_innen sind NICHT erfreut von Hipstern, die sich Bindis auf die Stirn kleben. Cherokee, Sioux, Choctaw und andere Ureinwohner_innen Amerikas finden es NICHT großartig, dass die gleichen Hipsterkids sich Warbonnets über den Kopf ziehen.« Die Verteidigung von tradierten Bekleidungsvarianten wird von Salomé zum Volkswillen erklärt, während ihr von den genannten Nationen gezeichnetes Bild zu einer rassistischen Groteske verkommt. Inderinnen, Japaner und Angehörige der Cherokee erscheinen hier nicht als Persönlichkeiten, die ein distanziertes, gleichgültiges oder ironisches Verhältnis zu ihrer eigenen Kultur pflegen können, sondern als sensible Dauerbeleidigte, die gar nicht anders können, als sich mit kleingeistiger Verlustangst an ihre Saris, Kimonos und Warbonnets zu klammern.

Von Verlustängsten durchdrungen ist auch die im Dunstkreis der Neuen

Rechten in Deutschland und Frankreich einflussreiche Theorie des Ethnopluralismus. Das von Vordenkern wie Henning Eichberg und Alain de Benoist geprägte Ideengebäude postuliert die kulturelle »Reinhaltung« von Staaten und Gesellschaften als erstrebenswerten Zustand. Statt wie im klassisch biologistischen Rassismus definieren sie Ethnien nicht nach ihrer Abstammung, sondern nach der Zugehörigkeit zu einer Kultur. Den Ethnopluralisten geht es nicht um eine Werthierarchie von Völkern, sondern um ihre räumliche Trennung. Antiuniversalistisch lehnen sie allgemeine Menschenrechte ab. Der deutsch-dänische Soziologe Henning Eichberg gilt als Erfinder des Begriffs. Für ihn hat jedes Volk eine unveränderbare Identität, die sich aber nur in ihrer »angestammten Region« entfalten könne. Dem französischen Philosophen Alain de Benoist, der in der rechten Zeitung Junge Freiheit publiziert, zufolge basiert der Ethnopluralismus darauf, dass »jede Kultur ihre eigenen Normen« habe und dass jedes Individuum zuerst durch seine kulturelle und völkische Zugehörigkeit bestimmt sei. »Der Einzelmensch besteht nach unserer Auffassung nur in Verbindung mit den Gemeinschaften, in die er eingeschlossen ist«, heißt es in seinem Buch »Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite«.

Zu unterstellen, dass die meisten derjenigen Blogger und Antirassisten, die kulturelle Aneignung durch Mitglieder hegemonialer Gruppen kritisieren, die politischen Ziele der Ethnopluralisten unterstützen würden, wäre wohl verschlagen. Doch die Parallelen in ihrem Denken und in ihrer Begrifflichkeit sind unübersehbar. Bezeichnenderweise setzt sich etwa Alain de Benoist für einen »differentialistischen Antirassismus« ein. Zwar lehne er die Vorstellung von einer natürlichen Hierarchie der Kulturen ab, hebt aber ihre angeblich grundlegende Verschiedenheit hervor. Der Universalismus leugne jegliche Differenz und gehe lediglich von »abstrakten Individuen« aus. Der Antirassismus in der »differentialistischen« Version betone hingegen die konkrete Verbindung der Individuen mit ihren Gruppenidentitäten.

Plädoyer für Glaube und Tradition

Der moralische Relativismus, den Eichberg und de Benoist vertreten, drängt sich auch in der Debatte um kulturelle Aneignung auf. Während die Ethnopluralisten sich nicht an Frauen- und Kinderrechte verletzenden Praktiken wie Genitalverstümmelung stören, solange diese in einer räumlich abgetrennten Gemeinschaft außerhalb der eigenen vollzogen werden, unterstützen Autorinnen in linksliberalen Medien die Positionen von reaktionären Traditionalisten. Als Lady Gaga 2013 einen Song namens »Aura« veröffentlichte, der die Zeilen »Enigma pop star is fun, she wear burqa for fashion. It's not a statement as much as just a move of passion« enthält, und selbst eine durchsichtige Burka als Bühnenoutfit benutzte, ereiferte sich Callie Beusman im Online-Magazin Jezebel über den »beleidigenden« Aneignungsakt. Unter anderem warf sie der Künstlerin vor, ein »Kleidungsstück überzusexualisieren, dass Bescheidenheit« signalisiere. Umema Aimem hatte in der Washington Post musikalisch nichts an dem Lied auszusetzen, bedauerte aber, dass Lady Gaga ein »heiliges Symbol« in ein »exotisches Kostüm« für eine Halloween-Party verwandele.

Nicht etwa die fortwährende Existenz eines Zeltes, das Frauen zu anonymen und übersexualisierten Verfügungsobjekten ohne Bewegungsfreiheit verdammt, ist für Beusman and Aimem der Skandal. Ihre ganze Empörung gilt einer privilegierten Weißen, die sich im Rahmen ihres künstlerischen Werks mit der Ganzkörperverschleierung befasst. Dass es sich bei der Burka um ein Unterdrückungsinstrument handelt, das außer den Taliban und dem »Islamischen Staat« weltweit nur die wenigsten Muslime als ein heiliges Symbol der Bescheidenheit verehren, erscheint dabei beinahe irrelevant. Und so passt es auch ins Bild, dass Hengameh Yaghoobifarah in ihrer Kolumne für die Taz zwar nicht die Burka, aber das Kopftuch als progressives Widerstandssymbol gegen antimuslimische Ressentiments verklärt.

Der real existierende Antirassismus ist auf diese Weise dabei, in sein Gegenteil umzuschlagen. Ursprünglich war er angetreten, um Diskriminierung zu bekämpfen, Stereotype aufzubrechen und es Individuen zu ermöglichen, gleichberechtigt eine transnationale Menschheitskultur zu gestalten. Parteien und soziale Bewegungen, die gegen die weiße Hegemonie kämpfen, agieren allerdings immer öfter als Anwälte von Stamm, hood, Nation und Umma. Statt sich zuerst mit den Minderheiten innerhalb der Minderheiten zu solidarisieren, die als Frauenrechtlerinnen, Linke, Intellektuelle, Homosexuelle, Atheistinnen und Menschenrechtler oft unter Lebensgefahr das Regelwerk ihrer jeweiligen Zwangskollektive in Frage stellen, werden immaterielle Güter wie Tradition, Kultur und Religion unter einen Artenschutz gestellt, der jegliche Aneignung und Kritik delegitimiert.

Der positive Bezug auf Gruppenidentitäten sorgt dafür, dass die Autochtonen in Dresden, Passau oder Lärz am Stammeswahn teilhaben und sich auch mal als richtige Opfer fühlen wollen. Um gewaltsamen Konflikten zuvorzukommen, sollten Gegner der kulturellen Aneignung schon jetzt passende Konzepte für Mediationsverfahren erdenken. Möglich wäre eine »Konferenz der Völker«, bei der empörte Libanesen ihren Unmut darüber zum Ausdruck bringen dürfen, dass bei Electro-Festivals in Mecklenburg-Vorpommern die Falafel auf kulinarisch unsensible Weise zubereitet wird. Der Beschwerdeantrag der deutschen Kartoffeln könnte sich mit den Currywürsten in türkischen Großstadtdimbissen befassen, die – der hiesigen Tradition trotzend – aus Rindstatt aus Schweinefleisch bestehen, was muslimische Gaumen bevorzuge. So oder so: Wenn sich Gruppen angegriffen fühlen, stärkt das den Korpsgeist. Für Dissidenten in den eigenen Reihen war das schon immer eine schlechte Nachricht

von: Marcus Latton in *jungle world Nr. 35*

Dieser Text ist Teil einer Debatte, die von einem Text von Hengameh Yaghoobifarah im *Missy Magazine* 02/16 ausgelöst wurde.

Hambacher Forst

Aufruf zur Kampagne gegen die Rodung 2016/2017

Braunkohle (& Kohle) ist und bleibt Risikokapital!

In der kommenden Rodungssaison (zwischen dem 1. Oktober 2016 und dem 28. Februar 2017) wird RWE versuchen, den Großteil des noch verbliebenen Rests des Hambacher Forsts, einst einer der größten, zusammenhängenden Wälder Deutschlands, einschließlich der Baumbesetzungen dem Erdboden gleich zu machen, um ihr dreckiges Geschäft mit der Braunkohle fortzuführen. Und das, obwohl sie bereits am eigenen Existenzlimit balancieren und obwohl allseits bekannt ist, dass die Verbrennung von fossilen Brennstoffen der Klimakiller Nr. 1 ist!

In den letzten Jahren ist der Widerstand gegen kapitalistische, lebensverachtende Wirtschaftslogik, mit der sich Millionen Lebewesen und -formen in dieser Welt konfrontiert sehen, weiter gewachsen. So auch in Deutschland und im Rheinland bei Köln. Entdecke auch du deine Möglichkeiten und Fähigkeiten im Kampf gegen die Zerstörung, allein oder in der Gruppe, je vielfältiger und kreativer, desto besser!

Komm diesen Winter in den Hambacher Forst, um zu zeigen, dass die Welt sich nicht nach ihren Regeln dreht! Hambacher Forst verteidigen!

Für ein Leben, Lernen und Lieben in Freiheit!

hambacherforst.blogsport.de, waa.blogsport.de **und viele Widerstandsgruppen**

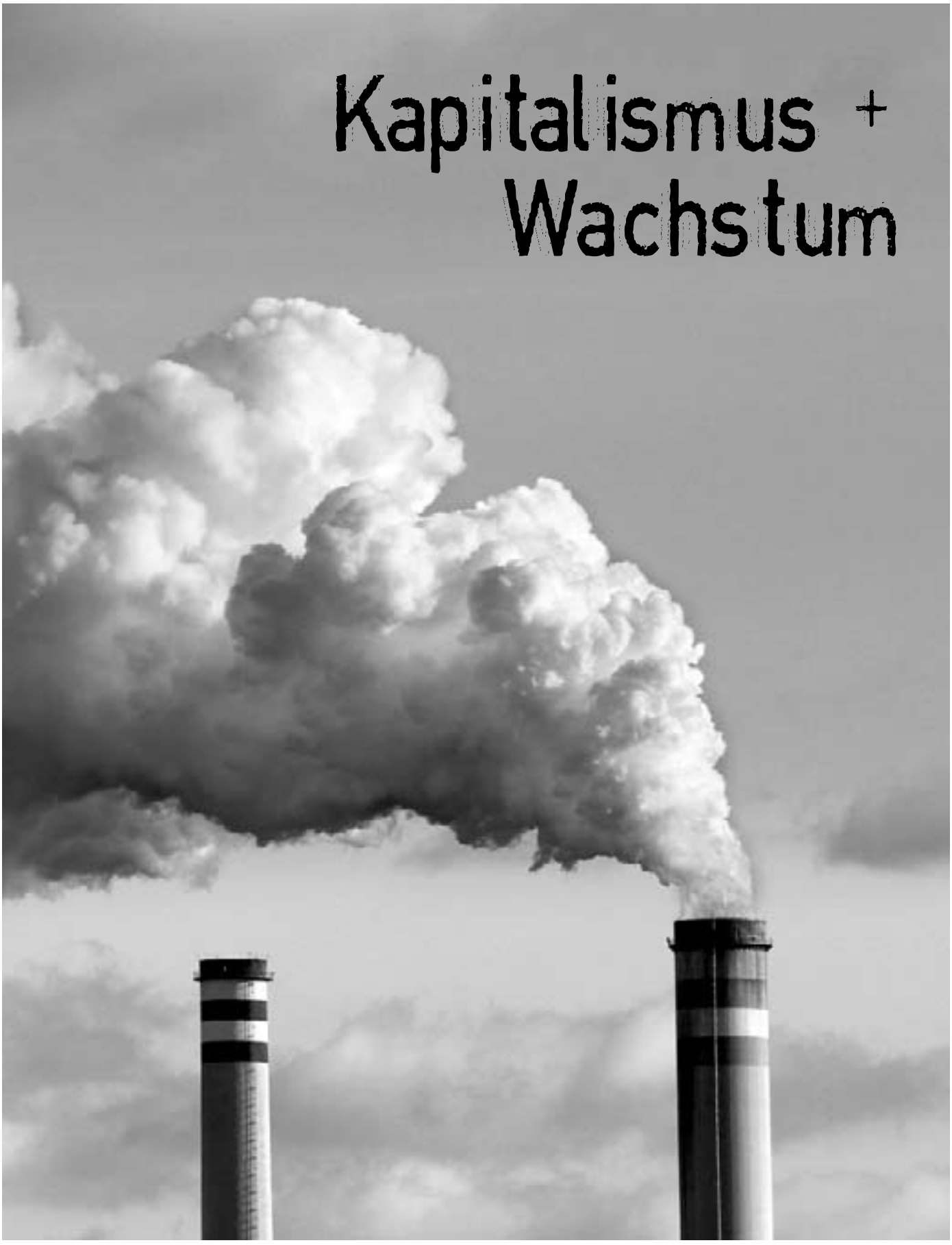
Klimabewegung plant Flächenkonzept für Aktionen in 2017

Aktivist*Innen der Klima- und Anti-Kohlebewegung diskutierten vom 28.-30. Oktober in Köln Ideen für künftige Aktionen im Rheinland. Im Gespräch war ein Flächenkonzept ähnlich wie bei den Castorprotesten im Wendland. Ganz unterschiedliche Akteur*Innen brachten sich in Hinblick auf ihre jeweiligen Stärken und Zielgruppen ein.

Auf der Rheinland-Aktionskonferenz sollten unter anderem diskutiert werden:

- Wo stehen wir zur Zeit politisch und was brauchen wir?
- Wie kann ein Konzept für Aktionstage 2017 („Flächenkonzept“) aussehen?
- Wie können verschiedenste Gruppen 2017 im Rheinland aktiv sein, um auf Emissionsreduktionen hinzuwirken?
- Wie könnte deine Organisation dabei sein?
- Wie lassen sich Verknüpfungen zu anderen Bewegungen (Landwirtschaft, Bewegungsfreiheit, Degrowth....) herstellen?
- Wie kann eine solidarische Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren aussehen?

weitere Infos: ***www.ende-gelaende.org***


Kapitalismus +
Wachstum

Seit einiger Zeit setzen sich auch linke Medien mit dem Phänomen »Postwachstum« auseinander, also mit jenen Diskussions- und Bewegungszusammenhängen, die sich kritisch mit (Wirtschafts-)Wachstum beschäftigen und die zumeist in normativer wie objektiver Hinsicht Grenzen des Wachstums konstatieren. Auffallend ist dabei das distanzierte Herangehen, das sowohl vorrangig ideologiekritisch wie auch primär kapitalismustheoretisch argumentierende Beiträge prägt. Zuletzt hat Johannes Hauer von der Interessengemeinschaft Robotercommunismus aus Leipzig ausgewählte einschlägige Publikationen kritisiert (siehe konkret 3/16). Was taugt diese linke Kritik an der entstehenden Postwachstumsbewegung, und was trägt sie zum Verständnis des Verhältnisses von Kapitalismus- und Wachstumskritik bei?

Viele der kapitalismuskritischen Einwände gegen das, was aktuell unter Wachstumskritik firmiert, sind durchaus berechtigt. Die Ignoranz vieler Degrowth-Ansätze gegenüber den politischen Machtverhältnissen, der Umstand, dass sich in der Wachstumskritik oft ein saturierter class bias artikuliert, mitunter zinskritische Vorstellungen oder einseitige Konsumschelten – die nicht etwa den Verwertungszwang tauschwertbasierter Produktion, sondern moralisierend das dazu notwendige Gegenstück, die Konsumenten, kritisieren – zählen dazu. Dennoch ist das nur die halbe Wahrheit. Denn die weitgehende Absenz prinzipieller Kapitalismuskritik innerhalb der Postwachstumsbewegung verweist spiegelbildlich auf eine Schwäche der Restlinken, die ihrerseits teils unwillig und unfähig zu sein scheint, sich in neue Bewegungskontexte einzubringen, und die ökologische Fragen und Konflikte nahezu vollständig aus ihrem theoretischen wie praktischen Politikinventar entfernt hat.

Da hilft auch die an sich erfreuliche Tatsache wenig, dass Hauers Postwachstumskritik erheblich differenzierter ist als das Flugblatt der Robotercommunisten, das zur Leipziger Degrowth-Konferenz verteilt wurde und dort erwartungsgemäß nichts als die erhoffte Ablehnung hervorrief. Die praktische Haltung allerdings bleibt die gleiche: Obwohl Hauer inhaltliche wie politische Anknüpfungspunkte identifiziert, scheint es auch für ihn keine Option zu sein, jene Fraktionen innerhalb der Degrowth-Bewegung zu stärken, die im Sinne der eingeforderten Kapitalismuskritik agieren.

Auch kommt seine Kritik an der Postwachstumsbewegung nicht ohne einige argumentative Tricks aus, die die Distanz zwischen dem Kritisierten und der eigenen Position verdeutlichen sollen. Jene Kritik nämlich, die den »kapitalistischen Wachstumszwang sans phrase« (konkret 3/16) zum Ziel hat und so nicht recht ins Bild passt, wird als bloß verbalradikal gekennzeichnet; Hauer unterstellt ihr, sie würde »bei näherem Hinsehen ausschließlich« Einwände gegen den *Wachstums*kapitalismus formulieren – »als hätte es je einen anderen Kapitalismus gegeben, als könnte es einen anderen geben«. Hier wäre ein genaueres Hinsehen wünschenswert gewesen: Zwar wird im hier einschlägigen Atlas der Globalisierung in der Tat öfter und aus naheliegenden Gründen auf die Wachstumseigenschaften des Kapitalismus abgehoben, doch lautet gleich der erste Satz: »Kapitalistische Gesellschaften sind Wachstumsgesellschaften.« Kapital und Kapitalismus einer- und die Bewegungsgesetze des Kapitals, also Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum, andererseits werden eben gerade nicht auseinandergerissen. Vielmehr wird das Kapital als soziales Verhältnis durchaus mit dem ihm eigenen Verwertungszwang identifiziert, oder, wie es im Vorwort heißt: »Wo alles auf Wachstum ausgelegt ist – sprich: im Kapitalismus mit seinen Verwertungs- und Profitzwängen -, führt ein rückläufiges oder ganz ausbleibendes Wachstum unausweichlich zu ökonomischen Krisen und sozialen Konflikten. ... Nur wenn es gelingt, Wohlfahrt und sozialen Fortschritt von den Zwängen der Kapitalakkumulation zu entkoppeln, ist ein selbstbestimmter Verzicht auf Wachstum möglich.«

Entscheidend ist der Zusammenhang von Kapitalismus und Wachstum. Es ist unstrittig, dass sich das Kapital nur durch seine fortschreitende Selbstverwertung erhalten kann. Und ebenso klar ist, dass es im globalen Norden ungefähr seit den fünfziger Jahren einen enormen Wachstumsschub gegeben hat. Die an sich krisenhafte Selbstverwertung des Kapitals fand ihren Ausdruck in einer relativ stabilen Wachstumsphase, deren soziale Regulationsform oft als Fordismus bezeichnet wird und die erst in den Krisen der siebziger Jahre endete; die dann einsetzende neoliberale Politik war die Antwort auf diese Krisen. Heute wachsen die westlichen Volkswirtschaften nicht mehr wie in der Nachkriegszeit: Die mittleren Wachstumsraten nehmen in diesen Ländern seit Jahrzehnten kontinuierlich ab und liegen heute im Schnitt zwischen null und zwei Prozent. (Freilich führt dies keineswegs zu einer Senkung des Umweltverbrauchs – ganz im Gegenteil steigt dieser immer noch, weil dafür nicht die Wachstumsraten, sondern die absoluten Zuwächse der Produktionskapazität ausschlaggebend sind.)

Als Folge des geringen Wachstums können sich die »reifen« Volkswirtschaften heute nicht mehr allein über den Faktor Wachstum stabilisieren. Auch verlangt die Gewährleistung der Kapitalakkumulation zunehmend andere Mechanismen, die durchaus zur Verfügung stehen: Die Senkung der erkämpften sozialen Standards, insbesondere der Reproduktionskosten der Lohnarbeiterklasse (oder eleganter ausgedrückt: die Senkung der Beschäftigungsschwelle, um – ganz unelegant – den Arbeitszwang zu erhöhen), und Akkumulation durch Enteignung (Harvey) rücken wieder ins Zentrum. Mit anderen Worten: Die anhaltende Wachstumsschwäche, auch »säkulare Stagnation« genannt, führt in den frühindustrialisierten Ländern dazu, dass der Klassenkampf von oben wieder stärker mit den Mitteln der absoluten Mehrwertproduktion geführt wird. Der Kapitalismus als System kann sich also vorläufig auch ohne (starkes) Wachstum halbwegs stabilisieren. Im Zweifelsfall schwindet wie in Griechenland zwar die Hegemoniefähigkeit; dafür aber nehmen komplementär Autoritarismus (auf europäischer Ebene) und direkter Zwang wieder zu.

Gleichwohl hat sich als Konsequenz des starken Wachstums in den Ländern

des globalen Nordens seit den fünfziger Jahren der materielle Stoffumsatz so verstärkt, dass die planetarischen Belastungsgrenzen schon heute teils überschritten sind (auch wenn der Großteil der Weltbevölkerung nach wie vor einen verhältnismäßig geringen Pro-Kopf- Verbrauch aufweist). Zwar sind monetär gemessene Wertzuwächse und Umweltverbrauch/-belastung nicht umstandslos in eins zu setzen. betont jene Verwerfungen, die mit der stofflichen, gebrauchswertigen Seite der Warenproduktion einhergehen.
Dies impliziert, dass sich heute, global betrachtet, soziale Konflikte (auch) als ökologische artikulieren: So sind etwa die Risiken und sozialen Verwerfungen des Klimawandels weder gleichmäßig noch individuell zufallig verteilt; vielmehr sind in aller Regel gerade jene Länder für die Folgen des Klimawandels weniger anfällig, die zu seinen Hauptverursachern zählen. Auf der anderen Seite des Globus machen hingegen zunehmende Dürren Subsistenzwirtschaft unmöglich oder zerstören Stürme besonders schlecht geschützte Infrastruktur. Innerstaatlich verquicken sich ökologische Belastungen zudem mit klassenspezifischen Ungleichheiten. Dabei wären viele dieser polit-ökonomisch- ökologischen Mechanismen umstandslos dem Kapitalismus anzukreiden – doch weite Teile der gesellschaftlichen Linken haben dieses Feld aufgegeben und es bereitwillig (neoliberalen) Grünen oder (legalistischen) Umweltverbänden überlassen, um sich anschließend über fehlende kapitalismuskritische Perspektiven der neueren Ökologiebewegung zu beschweren. So ist es nicht verwunderlich, dass in der Postwachstumsbewegung moralische Argumentationsfiguren viel Raum einnehmen, während gleichzeitig die aktuelle und anhaltende Wachstumsschwäche hierzulande viele Themen als objektiven Zwang auf die Tagesordnung setzt, die die Postwachstumsbewegung aus normativen Motiven anspricht.

Doch bislang gehört es ins Reich technizistischer Phantasien, beides voneinander zu trennen, also bei steigendem BIP einen gleichzeitig sinkenden Umweltverbrauch realisieren zu wollen, und es spricht nicht viel dafür, dass der Wunschtraum absoluter Entkopplung, den sowohl Verfechter eines grünen Kapitalismus als auch allzu technikoptimistische (Robotor-) Kommunisten gleichermaßen träum(t)en, bald oder jemals Realität werden könnte. Wo dennoch die Umwelt- und Schadstoffbilanzen in den kapitalistischen Zentren zurückgehen, wird dies mit der Verlagerung der dirty industries und der Rohstoffgewinnung in die (Semi-) Peripherie der Weltwirtschaft erkauft. Man könnte also sagen, die Wachstumskritik

Bleibt Hauers Feststellung, die Postwachstumsbewegung sei konfliktscheu und denke und bewege sich lediglich innerhalb des »polizeilich Erlaubten«. Auch hier gilt, dass aus einer herrschafts- und staatskritischen Sicht viele Punkte der Hauerschen Kritik grundsätzlich berechtigt erscheinen; doch basiert die Feststellung in dieser Pauschalität letztlich auf Auslassungen beziehungsweise einer selektiven Lesart und wird dem tatsächlichen Bewegungshandeln nicht gerecht. Das rheinländische Klimacamp vom August 2015, welches die Klimabewegung repräsentiert, die wiederum starke thematische und personelle Überschneidungen mit der Postwachstumsbewegung aufweist, kann als positives Beispiel dienen. Im

Rahmen des Camps fand (wie auch 2016) die Degrowth-Sommerschule statt, die nicht zuletzt zu einer stärkeren Politisierung der Degrowth-Klientel beitragen sollte. Zudem wurde, wie zuletzt auch in der Lausitz, im Rahmen der Aktion Ende Gelände der Braunkohletagebau blockiert. Dabei machen die Blockadeaktionen sowie die staatliche Repression schon auf den ersten Blick deutlich, dass sich hierbei keineswegs alles im Rahmen des »polizeilich Erlaubten« abspielte.

Die partielle und nicht gänzlich konfliktfreie Zusammenarbeit mit dem Zusammenhang »Hambacher Forst«, der Interventionistischen Linken und der Roten Hilfe lassen das Ganze ziemlich klar als Projekt der außerparlamentarischen Linken erscheinen, was die momentane Spannbreite der in Entstehung begriffenen Postwachstumsbewegung illustriert. Ohne diese Bewegung per se abzufeiern, muss festgehalten werden, dass ihre Anliegen (trotz einiger Statements in diese Richtung) eben nicht in Konsumschelten aufgehen – auch wenn es teils an Analysen und oft an Strategien fehlt, individuelle Praxen in kollektiv-politisches Agieren zu überführen. Eine widersprüchliche Chance zur Politisierung und zur selbstkritischen Thematisierung eigener Privilegien im globalen Maßstab bietet die Postwachstumsbe¬wegung allemal.

Statt aber im Sinne von system change, not climate change zu wirken, gehen Beiträge wie der von Hauer in einer Art besserwisserischen Kommentars auf, der sich nur notdürftig als Kritik tarnt. Statt sich in die he¬terogene wachstumskritische Diskussion und Bewegung einzubringen, wird auf eine – gewiss verdienstvolle, aber naturgemäß gesellschaftspolitisch kaum wirkmächtige – akademische Qualifikationsschrift über dissidente ökosozialistische Positionen in der DDR verwiesen, die alles irgendwie besser mache, aber von der Postwachstumsbewegung ignoriert werde. Letztlich stärkt ein solches Vorgehen die zuvor kritisierten, eher apolitischen Fraktionen in der Postwachstumsbewegung.

Wachstumskritische Argumente finden sich sowohl bei radikal Ökologiebewegten als auch in bürgerlich-konservativen oder reformistischen Lagern und in marxistisch oder wertkritisch inspirierten Spektren. Der entstehenden Bewegung pauschal zu unterstellen, sie sei »offen für Querfronten aller Art« (»Jungle World« 6/16), ist nicht nur wenig hilfreich, sondern vor allem eine Verzerrung des Bewegungsgeschehens und sachlich falsch, wie etwa im Programmheft zur zentralen Leipziger Degrowth-Konferenz nachzulesen ist: »Rechte und rassistische Formen der Wachstumskritik sowie chauvinistische, sexistische, rassistische Diskriminierungen lehnen wir ab« (Degrowth-Programm 2014). Natürlich stimmt es, dass auch Protagonisten der Neuen Rechten, insbesondere in Frankreich, wachstumskritische Positionen vertreten beziehungsweise zu vereinnahmen versuchen. Die Frage müsste also lauten: Welche Art von Wachstumskritik wird kritisiert oder unterstützt, gegen welche oder mit welcher wird Politik gemacht?

Schließlich ist es wichtig zu sehen, dass die verhandelten Themen alles andere als neu sind und so manches früher schon einmal (besser) diskutiert wurde. Um den Bogen zu spannen in eine Zeit, als konkret-Autoren die ökologische Krise noch in gesellschaftskritischer (und nicht allein ideologiekritischer) Absicht thematisierten – in eine Zeit also, die der Autor dieser Zeilen (Jahrgang 1985) zwar persönlich nicht erlebt hat, deren Klarheit des Standpunkts er sich aber auch heute wünschen würde -, sei daran erinnert, dass selbst ökologisch inspirierte Verzichtsdebatten durchaus einmal scharf und systemkritisch von links geführt wurden:

„Die Umweltzerstörung und die Lage in der Dritten Welt fordern von jeder zukünftigen Gesellschaft Momente des bewussten Verzichts und Abschied von liebgewonnenen Gewohnheiten, um andernorts menschenwürdiges Leben zu ermöglichen... Dieser Verzicht ist kein allgemeiner. Eine egalitäre Gesellschaft, die den Reichtum der wenigen abschafft und gerecht verteilt, die die Produktion sinnloser Güter (Kriegsmaschinerie) ebenso abschafft/reduziert wie die zu diesem System gehörenden »Dienstleistungen« (Versicherungswesen) und repressiven Funktionen (Staatsapparat) und die nicht auf die Herstellung von Gebrauchswerten verzichtet, weil die Profitrate nicht stimmt, die nicht Gebrauchswerte vernichtet, weil sie nicht profitabel am Markt untergebracht werden können, wird vieles auch materiell mehr als ausgleichen/beseitigen können, was dieses kapitalistische System an Armut, sozialer Unsicherheit und Überbeanspruchung der Arbeitskraft hervorbringt.“ (Ebermann/Trampert 1984)

Das Zitat verweist auf ein strategisches Dilemma, das eigentlich im Zentrum linker Politik stehen müsste: Wie gehen wir damit um, dass selbst der arme und beherrschte Teil der hiesigen Bevölkerung nach globalen Maßstäben einen viel zu großen ökologischen Fußabdruck hinterlässt, wie vermitteln wir also innergesellschaftlich notwendige Umverteilungskämpfe im globalen Norden mit globaler ökologischer Gerechtigkeit? Diesen Widerspruch nicht in individualisierender Konsumkritik aufzulösen, sondern systemkritisch zu wenden und so auf die viel zu hohen Betriebskosten des Kapitalismus hinzudeuten, ist entscheidend. Es käme darauf an, jene verlorenen Fäden und unabgegoltenen Motive, von denen einige mehr oder weniger deutlich in der Postwachstums- und Klimabewegung zu erkennen sind, wieder aufzunehmen und Ökologie und Kapitalismuskritik von neuem zu verbinden. Der Weg der grünen Partei hat sich dafür nicht bewährt. Doch darin gibt es mit der Postwachstumsbewegung, die gerade mit den parteipolitisch hegemonialen Konzepten der ökologischen Modernisierung und der green economy auf Kriegsfuß steht, wahrlich keinen Dissens.

von: Steffen Liebig in *konkret 9/2016*

Der Text ist eine Antwort auf Johannes Hauers Kritik der Postwachstumsbewegung in *konkret 3/16* (»Die Grenzen der Schrumpfung«)

Ingo Harms – Buchhaltung und Krankenmord

Zu den hervorstechendsten Merkmalen der Nazi-Gewaltherrschaft gehörten Ausgrenzung und Vernichtung. Das ist vielfach beschrieben worden. Weniger gut erforscht ist, dass es den Machthabern entgegen ihren ideologischen Bekundungen dabei vorwiegend um Bereicherung ging.

Erstmals untersucht ein Autor detailliert, wie ein Krankenmord-Programm dazu diente, Profite zu erwirtschaften. Den Hungermorden in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen und anderen oldenburgischen Anstalten lag ein Bereicherungsplan zugrunde, der bereits 1933 per Landesgesetz beschlossen wurde.

Während die Patienten in den Anstalten verhungerten, wurde aus dem eingesparten Pflegegeld ein umfangreiches Grund- und Anlagevermögen gebildet. Der Landesfürsorgeverband, eine ministerielle Abrechnungsstelle, wurde zu einem betriebswirtschaftlichen Unternehmen umgebaut. Der Auftrag lautete. Gewinne zu erwirtschaften und diese zur Finanzierung der völkischen Kultur, der Energieversorgung und anderer Staatsausgaben einzusetzen. Die Liste der begünstigten Einrichtungen ist lang, und ganz oben steht das Museumsdorf Cloppenburg.

Ingo Harms zeigt, wie sehr ideologische Konformität und finanzielle Förderung dabei ineinander griffen. Er nähert sich dem Geschehen aus unterschiedlichen Perspektiven, wirft einen gründlichen Blick auf die Akteure, geht den Karrieren der verantwortlichen Spitzenbeamten nach und stellt die Verantwortungsfrage. Auch die Opfer werden gewürdigt. Exemplarisch zeigt er am Schicksal einer Patientin, die 1947 verstarb, wie das Bereicherungssystem sogar noch unter den Augen der britischen Militärregierung in der Nachkriegszeit fortgesetzt wurde.

Diese Studie betritt nicht nur historisches Neuland. Indem sie die Verwandlung einer Fürsorgebehörde in einen gewinnorientierten Betrieb nachvollzieht, rührt sie auch an ein bewegendes Thema der Gegenwart – die Privatisierung des Gesundheitswesens.

ISBN: 978-3-8142-2344-5

Ingo Harms, Medizinhistoriker in Oldenburg, ist wissenschaftlicher Beirat des Gedenkkreis Wehnen e. V. Im August ist das Buch erschienen, in welchem er seine Forschungsergebnisse veröffentlicht.

Fernsehtipp: Im Januar soll im „ZDF-Montagskino“ der Geschichts-Spielfilm, „Die Vergeltung“, erstmals ausgestrahlt werden. Drehbuch und Regie Esther Gronenborn, Die Filmemacherin verarbeitet damit ein Familienschicksal, das ich für sie recherchiert hatte. Der Film heißt

DISKRIMINIERUNG ERLAUBT!?

Kirchenarbeitsrecht im Gesundheits- und Sozialwesen
- konkrete Auswirkungen und aktuelle Entwicklungen

VORTRAG

Donnerstag 24.11.16 // 19 Uhr

Ort: PFL Oldenburg // Peterstr. 2 Vortragssaal

Referentin:

Corinna Gekeler, Diplom-Politologin, PR- und Kommunikationsberaterin, Redakteurin, Publizistin und Medienpreisträgerin der Deutschen AIDS-Stiftung. Herausgeberin/Autorin der Studie „Loyal dienen -Diskriminierendes Arbeitsrecht bei Caritas, Diakonie und Co“

WIESO

... kann einer Raumpflegerin in einem katholischen Kindergarten wegen ihrer Homosexualität gekündigt werden? Widerspricht das nicht dem Antidiskriminierungsgesetz?

... können muslimische Menschen vom kirchlichen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden? Ist es legal, dass sie somit keinen Zugang zu einem Großteil der Arbeitsplätze im Gesundheits- und Sozialsystem haben?

... gibt es in kirchlichen Einrichtungen keinen Betriebsrat? Was bedeutet der „Dritte Weg“?

Macht die Kirche wirklich „so viel Gutes mit dem Geld“? Wieviel kirchliches Geld steckt in den kirchlichen Einrichtungen?

Caritas und Diakonie zusammen sind Deutschlands zweitgrößter Arbeitgeber (nach dem Staat). Über eine Million Menschen arbeiten in Deutschland in kirchlichen Einrichtungen. Sie alle müssen auf ihre Glaubens- und Gewissensfreiheit und andere Grundrechte verzichten. Sie sind besonderen Loyalitätspflichten unterworfen, weil das Betriebsverfassungsgesetz nicht gilt und das „Antidiskriminierungsgesetz“ weitreichende Ungleichbehandlungen erlaubt. So ist es beispielsweise möglich, dass Konfessionslose und Andersgläubige nicht eingestellt werden oder eine Entlassung mit einer Wiederverheiratung nach Scheidung, „unehelichen“ Kindern, einem Kirchenaustritt oder ähnlichem begründet werden kann.

Im Rahmen eines Vortrags illustriert Corinna Gekeler, Autorin der Studie „Loyal dienen- Diskriminierendes Arbeitsrecht bei Caritas, Diakonie und Co“, anhand konkreter Beispiele wie verbreitet religiös motivierte Diskriminierungen durch kirchliche Träger sind und wie stark sie Bewerbungsprozesse, Arbeitsalltag und Privatleben der Beschäftigten prägen. Sie stellt die rechtlichen und politischen Hintergründe der kirchlichen Privilegien dar und geht auf die Finanzierung kirchlicher Einrichtungen ein. Politische Änderungsmöglichkeiten und Widerstand auf rechtlicher und gesellschaftlicher Ebene werden im Anschluss diskutiert.

Gleichstellungsbüro STADT OLDENBURG · FEMREF · IBIS

Termine

November 16

Mi.	16.11.	19:30	F.L.I.T. - Plenum: Fuer Nutzerinnen des F.L.I.T-Raums und solche, die es gerne werden wollen.
Fr.	18.11.	21:00	Unterste Schublade Konzert: Game Over You Lose & Joseph Boys Militant Lumberjacks
Sa.	19.11.	22:00	Maefa (nur fuer Maenner)
Fr.	25.11.	22:00	Bike'n'Bass Party - 4 Jahre Critical Mass
Sa.	26.11.	23:00	Rosa Disco

Dezember 16

Fr.	2.12.	21:00	Konzert: Rae Spoon
So.	3.12.	22:00	Homophilias
Di.	6.12.	20:00	Dokumentation ueber Lucio Urtubia
Fr.	9.12.	22:00	Mash Up Di Place
Fr.	16.12.	21:00	Fat Hoschi Konzert: Fliehende Stuerme
Sa.	17.12.	22:00	Maefa (nur fuer Maenner)
Mi.	21.12.	19:30	F.L.I.T. - Plenum
Do.	22.12.	20:00	Winter-VoKue: vorbereiten ab 11.00
So.	25.12.	23:00	Rosa Disco
Sa.	31.12.	22:00	ALSO-Silvester-Party

Januar 17

Do.	5.1.	20:00	Nachtflohmarkt
Fr.	6.1.	22:00	Mash Up Di Place
Sa.	7.1.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty
Fr.	13.1.	21:00	PunkaPlatz-Konzert
Sa.	21.1.	22:00	Maefa (nur fuer Maenner)
Sa.	28.1.	23:00	Rosa Disco

Woechentlich

Mo.	19:30	Lindy-Hop
Mi.	18:30	Awareness Treffen
Mi.	20:00	Jonglage/Akrobatik
Do.	18:30	Action Samba-Band
Do.	19:00	Kurdistan Solidaritaets komitee Oldenburg
Do.	20:30	Vokue, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1. Mo.	20:00	Offenes Vernetzungstreffen zur aktuellen Politik
3. Mo.	20:00	Offener antifaschistischer Treff
1. Mi.	20:00	FrauenLesbenInter*Trans*-Kneipe
2. Mi.	21:00	Haus Friedensbruch Kneipe
3. Mi.	19:30	F.L.I.T. - Plenum
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
1. Do.	18:00	'Stop Deportation'-Gruppe
2. Fr.	20:30	Alhambra-Nutzer_innen-plenum

Infoladen "roter strumpf"

jeden Donnerstag 18.00 bis 21.00

aktuelle Termine auf alhambra.de